

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher: Anrufkarte Nr. 1887, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postumsendung Nr. 2, Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 1. bis 15. Dezember 1,00 Mark, Absterb 0,80 Mark.

Einzelpreis in Goldpfennigen: Die 108seitige, 27 Millimeter breite Kompaktzeitung besitzt 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanlagen und Belegblätter 12½ Pfennig, Belegblätter 20 Pfennig, die dreifach gespaltenen 90 Millimeter breite Belegblätter 10 Pfennig, außerdem 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorarbeiten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 290.

Magdeburg, Donnerstag den 11. Dezember 1924.

35. Jahrgang.

Ein politischer Prozeß.

Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl.

Im großen Schwurgerichtssaal in Magdeburg tagt ein Schöffengericht, das sich bemessen glaubt, ein Urteil, das nur die Geschichte zu fällen vermag, vorzunehmen zu können. Dieses Gericht soll ein Urteil über die Frage fällen, ob die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie unter dem Vorsitz des damaligen Abgeordneten Ebert einen Landesverrat darstellt. Nicht mehr und nicht minder. Ein Dutzend Zeugen, einige Flugblätter bekannter und unbekannter Herkunft, Zeitungsartikel usw., das wird diesem Gericht zum Urteil und den deutschen Nationalisten zu einer feuchtschlämigen Präsidentenhege genügen. Das nämlich ist der Zweck der Verhandlung.

Auf der Anklagebank sitzt ein Kleinster der Kleinen aus Deutschlands tapferer nationaler Journaille, Erwin Rothardt aus Staßfurt bei Magdeburg, Redakteur und Prokurist an der „Mitteldeutschen Presse“. Der leitende Geist dieses Blattes heißt Hans Sottenrott, wegen Eigentümerverschöpfung mehrfach vorbestraft, zurzeit in Bayern, um sich einer vom Staatsgerichtshof ausgesprochenen Gefängnisstrafe zu entziehen. Auf den tapferen Sottenrott ist wahrscheinlich auch die Veröffentlichung eines Artikels zurückzuführen, in dem dem Reichspräsidenten Ebert wegen seiner Tätigkeit gelegentlich des großen Januarstreiks 1918 in Berlin der

Vorwurf des Landesverrats

gemacht wurde. Ein völkischer Abgeordneter, Ganzer, aus Bayern natürlich, kann den Rufm für sich in Anspruch nehmen, diese famose Idee ausgeheckt zu haben. Als er freilich dafür einstehen sollte, zog er den Prozeß in die Länge, bis schließlich die Justiz der Ordnungszelle Bayern reiß schien, dem Abgeordneten Ganzer zu befehlen, daß der gegenwärtige Präsident der deutschen Republik ein Landesverräter ist. Ein Schöffengericht in München verlangte sogar — wider den klaren Wortlaut des Gesetzes — daß der Reichspräsident persönlich in München erscheine, damit er dort, wie mit Recht der Verteidiger Wolfgang Heine annimmt, auf bayrisch-völkische Art behandelt werden sollte. Einem an anderer Stelle anhängig gemachten Verfahren entzog sich Ganzer durch die Flucht ins Ausland. Er ist zurückgekehrt, als er sein Abgeordnetenmandat und damit die Immunität wieder hatte. In diesem Prozeß sah er direkt hinter dem Angeklagten, bis ihn der Vorkommende in den Zuschauerraum verwies.

Zu Beginn der Verhandlung verlas der Angeklagte — er ist ein sehr jugendlich aussehender Mann im glücklichen Alter von 25 Jahren, Mitglied des Stahlhelms — floskelnd und unsicher eine Erklärung, wonach er den Reichspräsidenten nicht habe beleidigen wollen. Erst nach Eröffnung des Verfahrens habe er sich in die Materie eingearbeitet und heute halte er den Vorwurf aufrecht. Die Verhandlung soll 5 bis 6 Tage dauern. Aus dem bisherigen Verlauf und der Art der von der Verteidigung angebotenen Beweisführung ergibt sich klar, wie durch diesen Prozeß das

Agitationsmaterial für die Präsidentenwahl

geliefert werden soll. Ebert soll „erledigt“ werden. Er und mit ihm die Sozialdemokratie sollen des Völkstohes überführt werden, und zwar deshalb, weil Ebert und mit ihm einige andere führende Sozialdemokraten im Jahre 1918 in das Streikkomitee eingetreten sind. Ebert insbesondere soll durch eine Rede im Treptower Park zum Weiterstreiken aufgefordert, und den Refraktierten geraten haben, einem Stellungsbegehren nicht Folge zu leisten. Für die Einstellung der Verteidigung ist bezeichnend, daß sie die Vernehmung von Zeugen beantragt hat, z. B. des Oberst Wisberg, die beiden sollen, daß die Sozialdemokratie auf die Niederlage hingearbeitet habe. Es ist bezeichnend für das Gericht, daß es derartige „Beweisanträge“ zugelassen hat.

Der erste Tag der Verhandlung brachte während der Vernehmung des Abgeordneten Dittmann sehr scharfe Zusammenstöße mit der Verteidigung. Als Rechtsanwält Dr. Martin dem Abgeordneten Dittmann eine Frage vorlegte, welcher Art dessen Tätigkeit zwecks Erregung der Matrosenmeuterei 1917 gewesen sei, rißte er sich eine scharfe Zurückweisung dieser Beschuldigung sowohl durch Dittmann als auch durch Landsberg und Heine gefallen lassen. Der Angeklagte, der beschuldigt ist, den Reichspräsidenten beleidigt zu haben, sitzt als ganzlich unbeteiligt dabei.

Prozeßbericht.

Erster Tag.

Am Dienstag vormittag begann vor dem Großen Schöffengericht in Magdeburg der wiederholt verschleppte Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der in Staßfurt erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“, eines kleinen, aber um so berühmteren nationalen Standesblattes, wegen Verleumdung des Reichspräsidenten. Der eigentliche Herausgeber der Zeitung ist der wiederholt wegen gräßlicher Verleumdung republikanischer Minister und auch wegen Eigentümerverschöpfung vorbestraft Hans Sottenrott, der sich zurzeit in Bayern aufhält, um sich einer vom Staatsgerichtshof ausgesprochenen Gefängnisstrafe zu entziehen.

Der Angeklagte Rothardt ist 25 Jahre alt und offensichtlich nur das Werkzeug höherer Drahtzieher. Er ist jetzt, nachdem er aus der Schriftleitung ausgeschieden ist, Prokurist des Verlags. Wegen unerlaubten Handels mit Welle ist er zweimal vorbestraft. Die Klage geht zurück auf einen Prozeß, der Anfang dieses Jahres in München gegen den völkischen Schriftsteller Ganzer stattfand. Dieser hatte gegen den Reichspräsidenten den bekannten Vorwurf erhoben, daß er im Jahre 1917 als Leiter im Munitionsarbeiterstreik Landesverrat begangen habe. Der Münchner Prozeß hatte bereits die vollkommene

Inhaftbarkeit dieser Behauptung erweisen.

Aber trotzdem die Beweisaufnahme eine völlig einwandfreie Klärung des Sachverhalts ergeben hatte, luden die Münchner Richter den Reichspräsidenten zur persönlichen Vernehmung vor das Münchner Schöffengericht. Diese Ladung stand im Gegensatz zu den Vorschriften der Strafprozeßordnung und der staatsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten. Aber auch die Münchner Richter mußten auf diese Weise den Prozeß abblättern. Tatsächlich sah sich der Reichspräsident gezwungen, seine Klage zurückzuziehen, um den Münchner Nationalisten nicht drei Monate nach dem Hitlerbüch das unwillkürliche Schauspiel zu bieten. Daraufhin veröffentlichte Ganzer einen „Offenen Brief“ an den Reichspräsidenten, in dem er an ihn die Frage richtete, wann er zurücktrete, nachdem er den Vorwurf des Landesverrats auf sich habe sitzen lassen. Diesen „Offenen Brief“ hat der Angeklagte unter der Überschrift:

„Eine bittere Bille für Frihe Ebert“

in sein Blatt übernommen und folgenden Zusatz beigefügt: „Ob Ebert die Bille verstockt oder ob er es doch mit seiner Person als Reichspräsident verbindet und vor dem Gericht in München erscheint? Beweisen Sie doch, Herr Ebert, daß Sie kein Landesverräter sind. Wegen der roten Wadefoße, die man zu Ihrem Empfang in München benutzt, brauchen Sie keine Bange zu haben.“

Der jetzigen Verhandlung gegen Rothardt, die im großen Schwurgerichtssaal stattfindet, wohnen zahlreiche Kreisvertreter bei. Reichspräsident Ebert, der nach der Novelle zur Strafprozeßordnung nicht an Gerichtsstelle zu erscheinen braucht, ist als Nebenkläger zugelassen und wird von den Rechtsanwält Wolfgang Heine und Otto Landsberg vertreten. Nach der Verlesung der Anklage brachte der Angeklagte flötend und zögernd eine Erklärung vor, daß er bei Aufnahme des „Offenen Briefes“ Ganzers sich den Vorwurf des Landesverrats gegen den Reichspräsidenten nicht habe zu eigen machen wollen; er habe lediglich Ebert auffordern wollen, den Wahrheitsbeweis Dr. Ganzers nicht zu verhindern. Er habe sich seitdem mit dem Munitionsarbeiterstreik eingehend beschäftigt und sei heute der Ansicht, daß der Vorwurf Dr. Ganzers gegen Ebert berechtigt sei. Rothardt macht sich die Behauptung Dr. Ganzers zu eigen und will den Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß der Reichspräsident damals Landesverrat begangen hat.

Zunächst werden die Aussagen Dr. Ganzers im Münchner Verfahren verlesen. Er bezeugte den

Streik der Munitionsarbeiter als Landesverrat

und die Tätigkeit des jetzigen Reichspräsidenten während der letzten Kriegsjahre als vaterlandsgefährdend. Der Angeklagte Rothardt bestritt, den Reichspräsidenten mit dem Ausdruck „Frihe Ebert“ lächerlich machen zu wollen; man spreche auch vom „Alten Frihen“. Die Bemerkung über die rote Wadefoße sollte auch kein Hohm sein, aber eine Verhöhnung des Volkes sei es, wenn man sich als Reichspräsident in Wadefoßen wühlgruppieren lasse. Auf die Frage des Rechtsanwält Heine, die der Staatsanwalt aufnimmt, wird festgestellt, daß Sottenrott, der wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, noch heute, wenn auch unbekanntem Aufenthaltsorts, der Leiter der „Mitteldeutschen Zeitung“ ist.

Als Vertreter des Reichspräsidenten führte Rechtsanwält Heine darauf aus: „Der Angeklagte hat sich darauf berufen, er könne es als Freund der Republik nicht vertragen, daß an der Spitze der Republik ein Mann stehe, der durch Zurücknahme des Strafantrags gegen Ganzer den Vorwurf des Landesverrats auf sich habe sitzen lassen. Es ist aber eine Ungehörigkeit, daß Reichspräsidenten zumuten, den Nachweis zu führen, daß er kein Landesverräter ist. Wer solche Behauptungen aufstellt, hat die moralische Pflicht, sie zu beweisen. Es sind in der Sache Ganzer Zeugen vernommen worden und diese haben das Gegenteil ausgesagt, was Ganzer behauptete. Ganzer hatte seine Verleumdung in München im Juli 1923 ausgeprochen. Nach Beendigung der Beweisaufnahme war der Fall klar. Dr. Ganzer hätte seine neuen Beweisangebote gestellt. Da erhielt der Reichspräsident gefühlos unter Strafandrohung eine Verladung nach München. Offenbar war die Ladung erfolgt,

um dem Reichspräsidenten Injurien zu sagen.

dem Rechtsanwält Kohl, der Verteidiger Ganzers, ist als maßlos und tolllos bekannt, und es wolle den Reichspräsidenten nicht einem Schauspiel aussetzen, wie das in München zu erwarten

war. Daher habe ich dem Reichspräsidenten geraten, den Strafantrag zurückzuziehen gegen einen ungebildeten Menschen wie Dr. Ganzer, der seine Unkultur durch Brüllen auf der Straße bekundet. Das sind die Gründe, derentwegen der Strafantrag zurückgezogen wurde.“

Justizrat Bindewald: Die Angaben, daß in der Sache Ganzer eine völlige Klärung des Sachverhalts erfolgt war, ist nicht richtig. — Landsberg: Gegen Dr. Ganzer ist wegen des „Offenen Briefes“ Strafantrag gestellt worden. Darauf flüchtete Ganzer und kam erst zurück, als er durch ein Mandat gedeckt war.

Darauf wurde die

Aussage des Reichspräsidenten

verlesen, der in seiner Wohnung kommissarisch vernommen worden ist: „Von Beginn des Krieges bis zu dessen Ende habe ich rückhaltlos auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden und auch danach gehandelt. Der Munitionsarbeiterstreik im Jahre 1918 ohne Zutun der Sozialdemokratischen Partei spontan entstanden. Ich persönlich hatte damit nichts zu tun. Ich bin selbst von dem Ausbruch des Streikes überrascht worden. Für mich stand auch fest, daß die Führer nicht in den Reihen meiner Parteifreunde, sondern im radikalen Lager zu suchen waren. Das bewies auch am besten ein Flugblatt, das zur damaligen Zeit zur Verbreitung kam, in dem es u. a. hieß: „Arbeiter, sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Lotengräber des Massenstreiks, nichts in den Versammlungen der Arbeitererschaft zu sagen haben.“

Als der Streik im vollen Gange war, kamen Arbeiter zu dem sozialdemokratischen Parteivorstand mit der Bitte, die Parteileitung möge doch Delegationen in die Streikleitung entsenden. Ich trat sofort dafür ein, durch die Delegationen die Streikleitung zu Ende geführt werden müsse.

Streik im vollen Gange war, kamen Arbeiter zu dem sozialdemokratischen Parteivorstand mit der Bitte, die Parteileitung möge doch Delegationen in die Streikleitung entsenden. Ich trat sofort dafür ein, durch die Delegationen die Streikleitung zu Ende geführt werden müsse. Wenn nicht für das Vaterland daraus die größten Schwierigkeiten entstehen sollten. Die Parteileitung entsandte darauf Otto Braun, Scheidemann und mich in die Streikleitung. Die Streikkommission setzte sich paritätisch mit den Unabhängigen zusammen. Ich wäre persönlich sofort bemüht gewesen, den Streik zu beendigen, wenn nicht der Oberkommandeur der Marine einen Tag später förmliche Versammlungen der Streikenden sowie der Streikleitung verboten, den „Vorwärts“ unterdrückte und die Gewerkschaftsbüros geschlossen hätte. Dadurch war es mir unmöglich gemacht worden, für die Beendigung des Streikes einzutreten. Ich halte auch heute noch das damalige Eingreifen des Kommandeurs für durchaus verfehlt. Am 31. Januar fanden große Massenversammlungen statt. Ich sprach im Treptower Park in Berlin und machte zur Ruhe und Besonnenheit. Ich kritisierte vor allem das Verhalten der damaligen Regierung, die sich auf den Standpunkt stellte, wohl mit den Abgeordneten, aber nicht mit Vertretern der Streikenden zu verhandeln. Ich bin der Meinung, daß der Streik, der sonst in ein paar Tagen erledigt worden wäre, durch das

unkluge Verhalten der damaligen Regierung sich unendlich in die Länge zog.“

Zu einer weiteren Vernehmung jagte der Reichspräsident aus: „Ich wies damals darauf hin, daß es doch ein Unfug sei, jetzt einen Munitionsarbeiterstreik zu injizieren, wo die Entente Hand auf Hand gegen uns hekte, wo in England Munitionsarbeiter Tag und Nacht, auch Sonntags, Munition herstellten und an den Fronten unsere Söhne und Brüder verbluteten. Zu dem „Vorwärts“ stand ich persönlich in keiner Beziehung. Ich hatte vor allem keinen Einfluß auf die Redaktion.“

Zu der Versammlung im Treptower Park bemerkte der Reichspräsident dann noch: „Ich habe nicht aufgefordert, weiter zu streiken, aber auch nicht aufgefordert, den Streik abzuwachen. Das hätte lediglich damals bedeutet, Öl ins Feuer zu gießen. Vom Ausland habe ich zur Führung des Streikes nie Geld erhalten, auch nicht verwaltest. Daß die Partei Geld erhalten hat, ist wohl ausgeschlossen. Auch die Sozialdemokratische Partei an anderen Orten des Reiches etwa neue Streike herbeigeführt habe, entspricht nicht den Tatsachen. Insbesondere hat innerhalb der Partei kein sogenannter Geheimrat bestanden.“

Auf die Frage des Verteidigers, ob sich der Herr Reichspräsident noch entsinne, in jener Streikversammlung auf die Frage eines Beteiligten, „Was sollen wir tun, wenn wir jetzt Stellungsbegehre bekommen?“ geantwortet zu haben: „Die werden nicht befolgt!“ erklärte der Reichspräsident, daß er diese Antwort entschieden bestritte, da sie seinem persönlichen Empfinden nicht entsprochen hätte.

Es werden einige Flugblätter vor Gericht verlesen, die während des damaligen Streikes verteilt worden sind, von denen aber Ebert gar nichts gewußt haben kann, da der Inhalt sich

gegen die Sozialdemokratische Partei

richtet. Auch ein Artikel des „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1918 „Der gerade Weg“, in dem es heißt: „Deutschland muß seine Kriegsschiffe streichen, ohne sie noch einmal siegreich herangebracht zu haben.“ kommt nicht vom heutigen Reichspräsidenten. Er hatte damit gar nichts zu tun. Ferner werden noch einige Rundschreiben des Reichspräsidenten an den Abgeordneten Ebert in einem Brief, in denen sich Ebert für die ergriffene Mitarbeit Scheidemanns beim Aufbau der deutschen Republik bedankt.

Die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge wurde Landtagsrat Dr. Martin vernommen, der am 31. Januar 1918 mit einem Trupp von 14 Polizeibeamten die Versammlung der Eisenbahnen im Treptower Park auflöste. Als die Polizeibeamten in der Versammlung erschienen, sprach gerade der Abgeordnete Dr. Ebert, der seine Rede nach der Aussage des Zeugen Specht geschlossen haben soll mit der Aufforderung: „Wir werden aufhalten und

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-Luch & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1507, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezahlungsstelle: Vom 1. bis 15. Dezember 1,00 Mark, Abnehmer 0,80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile beträgt 20 Pfennig auswärts 20 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12½ Pfennig, Verzeinstatender 20 Pfennig, die dreigespaltene 20 Millimeter breite Reklamazeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzverordnungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 290.

Magdeburg, Donnerstag den 11. Dezember 1924.

35. Jahrgang.

Ein politischer Prozeß.

Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl.

Im großen Schwurgerichtssaal in Magdeburg tagt ein Schöffengericht, das sich bemessen glaubt, ein Urteil, das nur die Geschichte zu fällen vermag, vorzunehmen zu können. Dieses Gericht soll ein Urteil über die Frage fällen, ob die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie unter dem Vorhitz des damaligen Abgeordneten Ebert einen Landesverrat darstellt. Nicht mehr und nicht minder. Ein Dutzend Zeugen, einige Flugblätter bekannter und unbekannter Herkunft, Zeitungsartikel usw., das wird diesem Gericht zum Urteil und den deutschen Nationalisten zu einer feuchtfrohlichen Präsidentenhege genügen. Das nämlich ist der Zweck der Verhandlung.

Auf der Anklagebank sitzt ein Kleinjäger der Kleinen aus Deutschlands tapferer nationaler Journaille, Erwin Rothardt aus Staßfurt bei Magdeburg, Redakteur und Profurist an der „Mitteldeutschen Presse“. Der leitende Geist dieses Blattes heißt Hans Gottenrott, wegen Eigentümbergehens mehrfach vorbestraft, zurzeit in Bayern aufhält, um sich einer vom Staatsgerichtshof ausgesprochenen Gefängnisstrafe zu entziehen. Auf den tapfern Gottenrott ist wahrscheinlich auch die Veröffentlichung eines Artikels zurückzuführen, in dem dem Reichspräsidenten Ebert wegen seiner Tätigkeit gelegentlich des großen Januarstreiks 1918 in Berlin der

Vorwurf des Landesverrats

gemacht wurde. Ein völkischer Abgeordneter, Ganger, aus Bayern natürlich, kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, diese famose Idee ausgeheckt zu haben. Als er freilich dafür einsetzen sollte, zog er den Prozeß in die Länge, bis schließlich die Justiz der Ordnungsjahre Bayern reif schien, dem Abgeordneten Ganger zu befehlen, daß der gegenwärtige Präsident der deutschen Republik ein Landesverräter ist. Ein Schöffengericht in München verlangte sogar — wider den klaren Wortlaut des Gesetzes —, daß der Reichspräsident persönlich in München erscheine, damit er dort, wie mit Recht der Verteidiger Wolfgang Heine annimmt, auf bayrisch-völkische Art behandelt werden sollte. Einem an anderer Stelle anhängig gemachten Verfahren entzog sich Ganger durch die Flucht ins Ausland. Er ist zurückgekehrt, als er sein Abgeordnetenmandat und damit die Immunität wieder hatte. In diesem Prozeß sah er direkt hinter dem Angeklagten, bis ihn der Vorsitzende in den Zuschauerraum verwies.

Zu Beginn der Verhandlung verlas der Angeklagte — er ist ein sehr jugendlich aussehender Mann im glücklichen Alter von 25 Jahren, Mitglied des Stahlhelms — floskend und unsicher eine Erklärung, wonach er den Reichspräsidenten nicht habe beleidigt. Erst nach Eröffnung des Verfahrens habe er sich in die Materie eingearbeitet und heute halte er den Vorwurf aufrecht. Die Verhandlung soll 5 bis 6 Tage dauern. Aus dem bisherigen Verlauf und der Art der von der Verteidigung angebotenen Beweisführung ergibt sich klar, wie durch diesen Prozeß das

Agitationsmaterial für die Präsidentenwahl

geliefert werden soll. Ebert soll „erledigt“ werden. Er und mit ihm die Sozialdemokratie sollen des Völkchens überführt werden, und zwar deshalb, weil Ebert und mit ihm einige andere führende Sozialdemokraten im Jahre 1918 in das Streikkomitee eingetreten sind. Ebert insbesondere soll durch eine Rede im Treptower Park zum Weiterstreiken aufgefordert und den Reklamierten geraten haben, einem Gestellungsbehehl nicht Folge zu leisten. Für die Einstellung der Verteidigung ist bezeichnend, daß sie die Vernehmung von Zeugen beantragt hat, z. B. des Oberst Wrisberg, die beiden sollen, daß die Sozialdemokratie auf die Niederlage hingearbeitet habe. Es ist bezeichnend für das Gericht, daß es derartige „Beweisanträge“ zugelassen hat.

Der erste Tag der Verhandlung brachte während der Vernehmung des Abgeordneten Dittmann sehr scharfe Zusammenstöße mit der Verteidigung. Als Rechtsanwält Dr. Martin dem Abgeordneten Dittmann eine Frage vorlegte, welcher Art dessen Tätigkeit zwecks Erregung der Matrosenmeuterei 1917 gewesen sei, mußte er sich eine scharfe Zurückweisung dieser Bejudigung sowohl durch Dittmann als auch durch Landsberg und Heine gefallen lassen. Der Angeklagte, der beschuldigt ist, den Reichspräsidenten beleidigt zu haben, sitzt als gänzlich unbeteiligt dabei.

Prozeßbericht.

Erster Tag.

Am Dienstag vormittag begann vor dem großen Schöffengericht in Magdeburg der wiederholt verschleppte Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der in Staßfurt erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“, eines kleinen, aber um so berühmteren nationalen Standblattes, wegen Verleumdung des Reichspräsidenten. Der eigentliche Herausgeber der Zeitung ist der wiederholt wegen größlicher Verleumdung republikanischer Minister und auch wegen Eigentümbergehens vorbestrafte Hans Gottenrott, der sich zurzeit in Bayern aufhält, um sich einer vom Staatsgerichtshof ausgesprochenen Gefängnisstrafe zu entziehen.

Der Angeklagte Rothardt ist 25 Jahre alt und offensichtlich nur das Werkzeug höherer Drahtzieher. Er ist jetzt, nachdem er aus der Schriftleitung ausgeschieden ist, Proturist des Verlages. Wegen unerlaubten Handels mit Wollse ist er zweimal vorbestraft. Die Klage geht zurück auf einen Prozeß, der Anfang dieses Jahres in München gegen den völkischen Schriftsteller Ganger stattfand. Dieser hatte gegen den Reichspräsidenten den bekannnten Vorwurf erhoben, daß er im Jahre 1917 als Leiter im Munitionsarbeiterstreik Landesverrat begangen habe. Der Münchner Prozeß hatte bereits die vollkommene

Unhaltbarkeit dieser Behauptung erwiesen.

Aber trotzdem die Beweisführung eine völlig einwandfreie Klärung des Sachverhalts ergeben hatte, luden die Münchner Richter den Reichspräsidenten zur persönlichen Vernehmung vor das Münchner Schöffengericht. Diese Ladung stand im Gegensatz zu den Vorschriften der Strafprozeßordnung und der staatsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten. Aber auch die Münchner Richter suchten auf diese Weise den Prozeß abzugeben. Tatsächlich sah sich der Reichspräsident gezwungen, seine Klage zurückzuziehen, um den Münchner Nationalisten nicht drei Monate nach dem Stillstand das unumkehrbare Schauspiel zu bieten. Daraufhin veröffentlichte Ganger einen „Offenen Brief“ an den Reichspräsidenten, in dem er an ihn die Frage richtete, wann er zurücktrete, nachdem er den Vorwurf des Landesverrats auf sich habe ziehen lassen. Diesen „Offenen Brief“ hat der Angeklagte unter der Überschrift:

„Eine bittere Wille für Frihe Ebert“

in sein Blatt übernommen und folgenden Zusatz beigefügt: „Ob Ebert die Wille unterschuldet oder ob er es doch mit seiner Person als Reichspräsident vereinbart und vor dem Gericht in München erscheint? Beweisen Sie doch, Herr Ebert, daß Sie kein Landesverräter sind. Wegen der roten Budehose, die man zu Ihrem Empfang in München bemerkt, brauchen Sie keine Länge zu haben.“

Der jetzigen Verhandlung gegen Rothardt, die im großen Schwurgerichtssaal stattfindet, wohnen zahlreiche Pressevertreter bei. Reichspräsident Ebert, der nach der Nobelle zur Strafprozeßordnung nicht an Gerichtsstelle zu erscheinen braucht, ist als Nebenkläger zugelassen und wird von den Rechtsanwält Wolfgang Heine und Dito Landsberg vertreten. Nach der Verlesung der Anklage brachte der Angeklagte stotternd und zögernd eine Erklärung vor, daß er bei Aufnahme des „Offenen Briefes“ Gangers sich den Vorwurf des Landesverrats gegen den Reichspräsidenten nicht habe zu eigen machen wollen; er habe lediglich Ebert auffordern wollen, den Wahrheitsbeweis Dr. Gangers nicht zu verhindern. Er habe sich seitdem mit dem Munitionsarbeiterstreik eingehend beschäftigt und sei heute der Ansicht, daß der Vorwurf Dr. Gangers gegen Ebert berechtigt sei. Rothardt macht sich die Behauptung Dr. Gangers zu eigen und will den Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß der Reichspräsident damals Landesverrat begangen hat.

Zunächst werden die Aussagen Dr. Gangers im Münchner Verfahren verlesen. Er bezeichnet den

Streik der Munitionsarbeiter als Landesverrat

und die Tätigkeit des jetzigen Reichspräsidenten während der letzten Kriegsjahre als vaterlandsschändend. Der Angeklagte Rothardt befreit, den Reichspräsidenten mit dem Ausdruck „Frihe Ebert“ lächerlich machen zu wollen; man spreche auch vom „Alten Frihen“. Die Bemerkung über die rote Budehose sollte auch kein Hohn sein, aber eine Verhöhnung des Volkes sei es, wenn man sich als Reichspräsident in Ledehosen vphotographieren lasse. Auf die Frage des Rechtsanwält Heine, die der Staatsanwalt annimmt, wird festgehalten, daß Gottenrott, der wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, noch heute, wenn auch unbekanntem Aufenthaltsorts, der Leiter der „Mitteldeutschen Zeitung“ ist.

Als Vertreter des Reichspräsidenten führte Rechtsanwält Heine darauf aus: „Der Angeklagte hat sich darauf berufen, er könne es als Freund der Republik nicht vertragen, daß an der Spitze der Republik ein Mann stehe, der durch Zurücknahme des Straftrags gegen Ganger den Vorwurf des Landesverrats auf sich habe ziehen lassen. Es ist aber eine Ungehörigkeit, dem Reichspräsidenten zugunsten, den Nachweis zu führen, daß er kein Landesverräter ist. Wer solche Behauptungen aufstellt, hat die moralische Pflicht, sie zu beweisen. Es sind in der Sache Ganger Zeugen vernommen worden und diese haben das Gegenteil ausgesagt, was Ganger behauptete. Ganger hatte seine Verleumdung in München im Juli 1922 ausgesprochen. Nach Beendigung der Beweisführung war der Fall klar. Dr. Ganger hatte keine neuen Beweisangebote gestellt. Da erhielt der Reichspräsident geschwindrig unter Strafandrohung eine Vorladung nach München. Offenbar war die Ladung erfolgt.“

um dem Reichspräsidenten zu sagen.

Dem Rechtsanwält Rothardt, der Verteidiger Gangers, ist als maßlos und tollhals bekannt, und ich wollte den Reichspräsidenten nicht einem Schauspiel aussetzen, wie das in München zu erwarten

war. Daher habe ich dem Reichspräsidenten geraten, den Straftrags zurückzuziehen gegen einen ungebildeten Menschen wie Dr. Ganger, der seine Kultur durch Prüffeln auf der Straße bekundet. Das sind die Gründe, dementwegen der Straftrags zurückgezogen wurde.“

Justizrat Bindewald: Die Angaben, daß in der Sache Ganger eine völlige Klärung des Sachverhalts erfolgt war, ist nicht richtig. — Landsberg: Gegen Dr. Ganger ist wegen des „Offenen Briefes“ Straftrags gestellt worden. Darauf schickte Ganger ein Mandat und kam erst zurück, als er durch ein Mandat gedeckt war.

Darauf wurde die

Aussage des Reichspräsidenten

verlesen, der in seiner Wohnung kommissarisch vernommen worden ist: „Von Beginn des Krieges bis zu dessen Ende habe ich rüchlos auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden und auch danach gehandelt. Der Munitionsarbeiterstreik im Jahre 1918 ohne Zutun der Sozialdemokratischen Partei spontan entstanden. Ich persönlich hatte damit nichts zu tun. Ich bin selbst von dem Ausbruch des Streikes überrascht worden. Für mich stand auch fest, daß die Führer nicht in den Reihen meiner Parteifreunde, sondern im radikalen Lager zu suchen waren. Das bewies auch am besten ein Flugblatt, das zur damaligen Zeit zur Verbreitung kam, in dem es u. a. hieß: „Arbeiter, sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Totengräber des Massenstreiks, nichts in den Versammlungen der Arbeitervereine zu sagen haben.“

Als der Streik im vollen Gange war, kamen Arbeiter zu dem sozialdemokratischen Parteivorstand in der Mitte, die Parteileitung möge doch Delegierte in die Streikleitung entsenden. Ich trat sofort dafür ein, da ich der Auffassung war, daß dieser

Streik schnellstens zu Ende geführt werden müsse,

wenn nicht für das Vaterland daraus die größten Schwierigkeiten entstehen sollten. Die Parteileitung entsandte darauf Otto Braun, Scheidemann und mich in die Streikleitung. Die Streikkommission setzte sich paritätisch mit den Unabhängigen zusammen. Ich wäre persönlich sofort bemüht gewesen, den Streik zu beendigen, wenn nicht der Oberkommandeur der Marken einen Tag später sämtliche Versammlungen der Streikenden sowie der Streikleitung verboten, den „Vorwärts“ unterdrückte und die Gewerkschaftsbüros geschlossen hätte. Dadurch war es mir unmöglich gemacht worden, für die Beendigung des Streikes einzutreten. Ich halte auch heute noch das damalige Eingreifen des Kommandeurs für durchaus berechtigt. Am 31. Januar fanden große Massenversammlungen statt. Ich sprach im Treptower Park in Berlin und mahnte zur Ruhe und Besonnenheit. Ich kritisierte vor allem das Verhalten der damaligen Regierung, die sich auf den Standpunkt stellte, wohl mit den Abgeordneten, aber nicht mit Vertretern der Streikenden zu verhandeln. Ich bin der Meinung, daß der Streik, der sonst in ein paar Tagen erledigt worden wäre, durch das unkluge Verhalten der damaligen Regierung

sich unnötig in die Länge zog.“

In einer weiteren Vernehmung jagte der Reichspräsident aus: „Ich wies damals darauf hin, daß es doch ein Unfinn sei, für einen Munitionsarbeiterstreik zu ingenerieren, wo die Entente Land auf Land gegen uns hehle, wo in England Munitionsarbeiter tag und Nacht, auch Sonntags, Munition herstellten und an den Fronten unsere Söhne und Brüder verbluteten. Zu dem „Vorwärts“ stand ich persönlich in keiner Beziehung. Ich hatte vor allem keinen Einfluß auf die Redaktion.“

Zu der Versammlung im Treptower Park bemerkte der Reichspräsident dann noch: „Ich habe nicht aufgefordert, weiter zu streiken, aber auch nicht aufgefordert, den Streik abzubrechen. Das hätte lediglich damals bedeutet, Del ins Feuer zu gießen. Vom Ausland habe ich zur Führung des Streikes kein Geld erhalten, auch nicht verweigert. Daß die Partei Geld erhalten hat, ist wohl ausgemacht. Auch daß die Sozialdemokratische Partei an andern Orten des Reiches etwa neue Streike herbeigeführt habe, entspricht nicht den Tatsachen. Insbesondere hat innerhalb der Partei kein sogenannter Geheimrat bestanden.“

Auf die Frage des Verteidigers, ob sich der Herr Reichspräsident noch entsinne, in jener Streikversammlung auf die Frage eines Beteiligten „Was sollen wir tun, wenn wir jetzt Gesellschaftsbehele bekommen?“ geantwortet zu haben: „Die werden nicht befallen!“ erklärte der Reichspräsident, daß er diese Antwort entschieden befreite, da sie seinem persönlichen Empfinden nicht entsprochen hätte.

Es werden einige Flugblätter vor Gericht verlesen, die während des damaligen Streikes verteilt worden sind, von denen aber Ebert gar nichts gewußt haben kann, da der Inhalt sich

gegen die Sozialdemokratische Partei

richtete. Auch ein Artikel des „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1918 „Der gerade Weg“, in dem es heißt: „Deutschland muß seine Kriegslage streichen, ohne sie noch einmal siegreich heimgeführt zu haben“, stammt nicht vom heutigen Reichspräsidenten. Er hatte damit gar nichts zu tun. Ferner werden noch einige Handstreifen des Reichspräsidenten an den Abgeordneten Scheidemann und an verlesen, in denen sich Ebert für die erzwungene Mitarbeit Scheidemanns beim Aufbau der deutschen Republik bedankte.

Die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge wurde Landjägermeister Kemnitz vernommen, der am 31. Januar 1918 mit einem Trupp von 14 Polizeibeamten die Versammlung der Streikenden im Treptower Park aufsuchte. Als die Polizeibeamten in der Versammlung erschienen, sprach gerade der Abgeordnete Dittmann, der seine Rede nach der Aussage des Zeugen Specht geschlossen haben soll mit der Aufforderung: „Wir müssen ausbleiben und

den Streit hochhalten! Die Polizeibeamten lösten die Versammlung auf und nahmen Dittmann fest, weil es sich um eine verbotene Versammlung handelte.

Andre Polizeibeamte bestätigen diese Aussage. Ob auch der damalige Abgeordnete Ebert dort gesprochen hat, können die Zeugen nicht mehr angeben, da sie erst während der Rede Dittmanns der nach Ebert gesprochen hatte, dort eingriffen.

Wesentlich ist die Aussage des Fischlers Heimler aus Berlin, der an der Versammlung im Treptower Park teilnahm und zur Unabhängigen Partei gehörte. Der Zeuge hat die Rede Eberts sowie die Dittmanns vorständig gehört. Er ist der Meinung, daß Ebert und Dittmann zur Streiklage überhaupt nicht gesprochen hätten, sondern vielmehr in ihrer Rede nur den Willen der Arbeitererschaft nach einem Verständigungsfrieden Ausdruck gaben.

Zeuge Weimann (Berlin), Sekretär des Zentralbildungsausschusses der Sozialdemokratie, bekundete endlich, daß Ebert in der Massenversammlung auf keinen Fall gesagt hat, dem Gestellungsbefehl keine Folge zu leisten. Da Weimann als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei an der Rede Eberts besonders interessiert war, ist es völlig ausgeschlossen, daß er diese Redebeziehung überhört haben könnte.

Daß der Streik spontan entstand, ohne daß etwa die Sozialdemokratische Partei dazu Vorbereitungen getroffen hätte.

Es wurden dann noch einige Gerichtsbeamte benommen, die an der Kriegsgerichtsverhandlung gegen Dittmann teilgenommen haben. Sie berufen sich sämtlich auf die damaligen Protokolle und bezeichnen die Niederschriften als sorgfältig verfaßt. Nach den Protokollen soll Dittmann in der Versammlung zum Durchhalten und Hochhalten des Streikes aufgefordert haben.

Nach der Mittagspause wurde der Reichstagsabgeordnete Dittmann endlich vernommen, der in einer längeren Rede etwa folgendes aus sagte:

Die große Streikbewegung im Januar 1918 entstand aus politischen und wirtschaftlichen Motiven. Der Friede in Breiten-Litow sollte abgeschlossen werden. Damit trat das deutsche Volk in eine neue Epoche der Kriegsgeschichte. Die Arbeitererschaft drängte nach einem Verständigungsfrieden, und als General Hoffmann in Breiten-Litow mit dem Säbel auf den Tisch schlug und dem russischen Volk einen Gewaltfrieden zu diktiertem verjuchte, da erhob sich die Arbeitererschaft in ihrer Gesamtheit, um gegen ein derartiges Vorgehen mit aller ihr zur Verfügung stehenden Energie zu protestieren.

Die Arbeiter verlangten dabei, von der Regierung gehört zu werden. Sie stellten Forderungen auf, die darin gipfelten: Ist die Regierung bereit, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen einzugehen?

Die weitere Auslegung Dittmanns bezieht sich zum größten Teil mit der Darstellung des Reichspräsidenten. Dann fährt Dittmann fort: Die Situation war jedenfalls durch den Belagerungszustand geradezu katastrophal geworden, so daß irgendwie der Wille der Arbeitererschaft zum Ausbruch gebracht werden mußte.

Wille der Arbeitererschaft zum Verständigungsfrieden. Nach Ebert sprach ich. Meine Rede deutete sich inhaltlich mit der Eberts. Ich schloß mit dem Ruf: Es lebe der demokratische Friede!

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Rechtsanwalt Landsberg: Wenn die Regierung den Abgeordneten versprochen hätte, alles zu tun, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen, würde dann die Streikleitung, insbesondere die Abgeordneten, unbedingt dafür gesorgt haben, den Streik möglichst schnell zu beenden?

Zu einem ereignisreichen Zwischenfall kommt es, als der Verteidiger Martin an Dittmann die Frage richtet, wie er die Darstellung seiner Haltung um Kriegs mit seiner Tätigkeit bei der Erregung der Flottenmeuterei vereinbare. Dittmann fordert darauf diesen Verteidiger auf, die in der Frage liegende Behauptung so zu wiederholen, daß er ihn vor Gericht belangt könne.

Rechtsanwalt Landsberg stellt fest, daß der Verteidiger sich einer Zeugnisverweigerung schuldig gemacht habe, die vom Vorsitzenden gerügt werden müsse. Dr. Martin legt plötzlich keinen Wert mehr auf die Beantwortung seiner Frage. Dittmann erklärt, daß er nie an der Erregung einer Meuterei in der Flotte teilgenommen habe.

Zweiter Tag:

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit der Vernehmung des Zeugen Kempner Emil Barth (Weckin), der über die Beteiligung des Reichspräsidenten am Januarstreik auszusagen soll. Es ist unmöglich, so sagte der Zeuge, an Gerichtsstelle zu bekunden, ob die Handlungen Eberts als Landesverrat oder Landesverleumdung zu beurteilen sind, wenn man nicht Gelegenheit nehmen kann, auf die Ursachen des Januarstreiks überhaupt einzugehen. Soviel wie mir erinnerlich ist, ist die Leitung der Sozialdemokratischen Partei, vertreten durch die Herren Ebert, Scheidemann, Braun, erst aktiv in den Streik eingetreten, als der große Massenstreik bereits im Gange war.

Rechtsanwalt Heine unterbricht hier den Zeugen und sagt ihm, daß er nur konkrete Angaben machen soll über die Beteiligung Eberts an diesem Streik. Nur auf diese Hauptfrage kommt es an.

Zeuge Barth: Es war doch die Tatsache zu verzeichnen, daß auch die mehrheitlich sozialistischen Arbeiter aktiv an dem Streik teilnahmen. Da war es nur allzu verständlich, daß die Partei als solche Einfluß auf die Bewegung besaß. Für mich steht fest, daß die S. P. D. mit einem inneren Zwange dem Streike gegenüberstand. Die S. P. D. ging nach meiner Auffassung in den Streik, um schlimmere Folgen zu verhüten.

Nach habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, an der die Herren Ebert, Scheidemann oder Braun teilgenommen haben. Dann wird der Schlosser Adolf Wuschid (Berlin) vernommen. Er sagt aus: Es hatte sich schon im Jahre 1916 unter der Berliner Arbeitererschaft eine radikale Richtung herausgebildet, die auf die sozialdemokratischen Arbeiter einen nicht unerheblichen Druck ausübte.

Das Entscheidende der hinter uns liegenden Wahlkämpfe ist die Anerkennung der Erfüllungspolitik durch eine große Mehrheit unseers Volkes. Sie will keine Experimente, sondern wünscht auch in außenpolitischer Beziehung eine Taktik, die den Verhältnissen angepaßt ist. Unser Volk das herauszuschlagen, was herauszuschlagen ist und damit den Weg der Verständigung fortsetzt. Selbst äußerst rechtsgerichtete Blätter müssen das anerkennen.

Das Ziel der deutschen nationalen Außenpolitik aber war nie eine Politik der Verständigung. Als vor dem Reichstagsauflösung der Reichskanzler Marx sein Programm vorlegte und mit den Deutschnationalen bejaht haben sie aus Liebe zur Futterrippe zwar alles geschluckt, aber später erfolgte ein Wiberuf nach dem andern und die Behauptung, daß die deutschnationalen Fraktion gar nicht daran gedacht habe, auf den Boden der Erfüllungspolitik zu treten. Insbesondere war es Westarp, der in einer Rede gegen den Reichskanzler den deutschnationalen Willen zur Erfüllungspolitik bestritt und seine Fraktion als die eifrigste Gegnerin des bisherigen außenpolitischen Kurses bezeichnete. Tatsächlich haben die Deutschnationalen auch den Wahlkampf mit den verlogensten Mitteln

gegen die Erfüllungspolitik

geführt. Sie haben sich schlimmer als die Völkischen gebarbet, und so man hörte, tauchte der Ruf vom „zweiten Versailles“, von den „Versklavungsgesetzen“ wieder auf. Eine Durchsicht des Zentralorgans der Deutschen Volkspartei vom November liefert die beste Bestätigung für diese Behauptung. Sie und andre Organe der Volkspartei mußten sich wiederholt gegen die Art der deutschnationalen Kampfesweise wehren und sahen sich mehrfach zu der Stellung gezwungen, daß die Erklärung der Deutschnationalen aus Anlaß der Verhandlungen zur Regierungsumbildung mit den Behauptungen im Wahlkampf keineswegs im Einklang zu bringen sind.

Man kann es deshalb wohl verstehen, wenn den Deutschnationalen jenseits des Rheins nicht nur kein Vertrauen entgegengebracht wird, sondern wenn sie geradezu als Partei des Vertrauensbruchs betrachtet werden. Diese Auffassung, die tief im Innersten des französischen Volkes wurzelt, wird sich natürlich auswirken, sobald den Deutschnationalen der Weg zur Reichsregierung geöffnet wird. Das weiß Stresemann ganz genau. Aber er der wiederholt den Willen zur Verständigung unter dem Zwange der Tatsachen auch im Wahlkampf betonte, ist trotz dem heute wieder bereit, für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung sich einzusetzen. Ihn leiten hierbei ausschließlich innenpolitische Gründe. Er stellt seine Parteipolitik über die Außenpolitik.

Erst die Partei und dann das Vaterland

ist seine Parole und die der Volkspartei. Man glaubt, wie früher, auch heute noch die Deutschnationalen nur durch eine Beteiligung an der Regierung in ihrer Stärke treffen und für sich selbst einen Vorteil herauszuschlagen zu können. In diesem Bestreben geht die Volkspartei über die zwar nicht geschriebenen, aber in parlamentarisch regierten Ländern als selbstverständlich geltenden Regeln hinweg und verliert gemeinsam mit den Deutschnationalen den tatsächlichen Sinn der abgeschlossenen Wahlen zu fällen.

Rechnerisch kann niemand bestreiten, daß der Wahlkampf eine wesentliche Stärkung der republikanischen Parteien ergab, während die schwarzweißrote Front einen Verlust zu verzeichnen hat. Außerdem wurde die Sozialdemokratie im Reichstag zur stärksten Fraktion, und damit hätte sie, wenn die Deutschnationalen ehrlich wären und nicht vom Betrug leben würden, entsprechend der vor ihnen im Mai vertretenen Auffassung Anspruch auf den Auftrag zur

Bildung der neuen Regierung.

Die Volkspartei hat damals ebenfalls den deutschnationalen Standpunkt vertreten. Heute aber hört und liest man vor dieser Auffassung nichts mehr. Sie gilt eben nur für den Fall, daß die Deutschnationalen oder die Volkspartei siegen. Von dieser einseitigen Vertretung parlamentarischer Grundsätze, die nur in Deutschland möglich ist, hat das Ausland natürlich Kenntnis. Es macht sich seine Gedanken darüber und fühlt sich in der Auffassung bestärkt, daß die Deutschnationalen nicht vertrauenswürdig sind.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß der französische Ministerpräsident für den Fall der

Bildung eines Bürgerblocks

die deutsche Politik mit jenem Maße mißt, das er bisher angelegt hat. Er ist dazu aus innerpolitischen Gründen gar nicht in der Lage, wenn er sein Ziel erreichen will und nicht schon in wenigen Wochen Boicars wieder die Geschichte des französischen Volkes leiten soll. Das hat Herriol wiederholt selbst erklärt. Auch in England ist man gegenüber den Deutschnationalen nicht weniger mißtrauisch. Das ergibt sich ganz deutlich aus den Erklärungen, die der englische Außenminister vor wenigen Wochen abgab. Die Fassung seiner Worte ließ ein klares Mißtrauen gegenüber unsern „Nationalen“ erkennen.

Die Ansicht über die deutschen Kriegsverlängerer ist in andern Ländern nicht besser. Die deutschnationalen Völkereckelpolitik, die insbesondere auch während des Wahlkampfes von ihnen verfolgt wurde, hat überall einen starken Widerwillen hervorgerufen, so daß man fast bei allen Völkereckelpolitikern einen Eintritt dieser Völkereckelpolitik in eine Reichsregierung als Schachzug gegen Genf betrachteten würde.

Vorläufig steht die Entscheidung über die Erweiterung der jetzigen Reichsregierung oder ihre Demission noch aus. Sie dürfte wahrscheinlich am Mittwochabend fallen. Aber welcher Art sie auch sein mag: sicher ist, daß die Sozialdemokratie einen Mißbrauch des Volkswillens, der sich am 7. Dezember in nicht zu verkennender Form für die Linke entschieden hat, mit allen

Mitteln bekämpfen wird. Es ist anzunehmen, daß die Demokraten sich dieser berechtigten Abwehr anschließen, so daß der Zentrumsparlei für den Ausgang der Bestrebungen von rechts die Verantwortung verbleibt. —

Die amtlichen Wahlergebnisse.

Reichstag.

Nach den beim Reichswahlleiter eingegangenen Meldungen der Kreiswahlleiter wurden an Stimmen für die einzelnen Parteien abgegeben:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	7 859 433	131
Deutschnationale	6 180 251	103
Zentrum	4 117 481	69
Kommunisten	2 698 956	45
Deutsche Volkspartei	3 048 493	51
Demokraten	1 915 187	32
Völkische	901 601	14
Bayerische Volkspartei	1 120 752	19
Wirtschaftspartei u. Bayer. Bauernbund	999 708	17
Landbund	498 003	8
Deutschnannoversche Partei	262 569	5
Gesamt		493

Landtag.

Der Landeswahlleiter gibt folgende Ziffern und Mandatzahlen bekannt:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	4 557 429	114
Deutschnationale Volkspartei	4 345 429	100
Zentrumsparlei	3 223 593	81
Kommunisten	1 762 457	44
Deutsche Volkspartei	1 790 846	45
Demokraten	1 078 557	27
Völkische	453 717	11
Wirtschaftspartei	452 539	11
Deutschnannoversche Partei	254 370	6
Unabhängige Sozialdemokraten	67 206	—
Nationale Minderheiten	88 208	2
Gesamt		450

Die Deutschsozialen des Knüppel-Kunze fallen im Reichstag wie Landtag weg, weil sie in keinem Wahlkreis die zur Mandatbildung nötige Stimmenzahl aufgebracht haben. Diese ebensowenig wie die übrigen Splitterparteien.

Die Möglichkeiten der Regierungsbildung.

Die Zahl der Reichstagsabgeordneten beträgt nach den letzten Feststellungen 493. Mindestens 247 Abgeordnete sind also erforderlich, die eine nach parlamentarischen Grundfragen gebildete Regierung stützen müssen. Welche Gruppierungen sind möglich?

1. Links block:		
Sozialdemokraten	131	
Demokraten	32	
Zentrum	69	
Gesamt	232	also nicht genügend.
2. Rechtsblock:		
Deutschnationale	103	
Landbund	8	
Deutsche Volkspartei	51	
Wirtschaftspartei	17	
Bayerische Volkspartei	19	
Gesamt	198	auch nicht genügend.
3. Mischblock (Regierungscoalition im letzten Reichstag):		
Deutsche Volkspartei	51	
Zentrum	69	
Bayerische Volkspartei	19	
Demokraten	32	
Gesamt	171	erst recht nicht genügend.
4. Kleiner Bürgerblock (ohne Demokraten):		
Deutschnationale	103	
Landbund	8	
Deutsche Volkspartei	51	
Wirtschaftspartei	17	
Welfen	4	
Bayerische Volkspartei	19	
Zentrum	69	
Gesamt	271	möglich.
5. Großer Bürgerblock (mit Demokraten):		
Deutschnationale	103	
Landbund	8	
Deutsche Volkspartei	51	
Wirtschaftspartei	17	
Welfen	4	
Bayerische Volkspartei	19	
Zentrum	69	
Demokraten	32	
Gesamt	303	erst recht möglich.

Die 14 Völkischen unter Ludendorff spielen im Reichstag keine Rolle mehr. Sie sind in den obigen Kombinationen daher nicht berücksichtigt.

Aber die 45 Kommunisten könnten eine Rolle spielen, wenn sie wollten. Sowie sie nämlich ihre Diktaturphantasien aufgeben, ihre Rutschläufigkeit ablassen und sich auf den Boden der Demokratie und der parlamentarischen Arbeit stellen, ist der Linksblock sofort möglich. Mit den Kommunisten verfügt er über 277 Abgeordnete, gibt also die genügend breite Basis für eine feste republikanische Regierung.

Aber die kommunistischen Führer werden nicht wollen. Sie stehen unter Moskauer Befehl und die russisch-kommunistischen Diktatoren wollen keine feste Linksregierung in Deutschland, sondern das Chaos und den Bürgerkrieg, das Elend der deutschen Arbeitermassen und deren Verzweiflung. Russisch-imperialistische Interessen entscheiden über das Schicksal deutscher Arbeiter und deutscher Demokratie.

Den deutschen Monarchisten und Reaktionen würden alle schwarzweißroten Felle möglich sein. Sowie die Kommunisten sich in die schwarzrotgoldene Front einreihen und für Demokratie wie Republik einstehen würden. Die Deutschnationalen und Volksparteiler können nur deshalb nach dem 7. Dezember mit dem Bürgerblock spielen, weil die kommunistischen Führer jede positive Mitarbeit verweigern. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen werden durch die Föhlische Moskauer um die Frucht des Sieges vom 7. Dezember betrogen. Die kommunistischen Wähler mit ihnen. —

Radiodienst der Volkstimme.

Die Volkswirtschaftsdebatte in Frankreich.

ng Paris, 10. Dezember. Die Interpellationsdebatte in der Kammer über die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der kommunistischen Gefahr ist nach 1 Uhr nachts mit einem Vertrauensvotum für die Regierung zu Ende gegangen, das mit 319 Stimmen gegen 29 Stimmen der Kommunisten angenommen wurde. Die ganze Rechte hatte sich der Stimme enthalten.

Die kommunistischen Interpellanten ergingen sich bei der Begründung ihrer Anträge in den gewohnten Verleumdungen gegen den Linksblock und vor allem gegen die Sozialdemokratie, deren Zusammengehen mit den Parteien der Linken sie als Verrat an der Arbeiterschaft hinzustellen versuchten.

Der Sozialist Comperre-Morel, der darauf erwiderte, läste auf den Västen der Kommunisten ein fast ununterbrochenes Wutgeschrei aus, als er den Nachweis erbrachte, daß der ganze Spektakel der Kommunisten lediglich den Zweck habe, über ihre eigene Ohnmacht und Einflußlosigkeit hinwegzutäuschen. In den Departements zähle die kommunistische Partei so gut wie gar keine Anhänger, und auch in Paris und der Umgebung seien sie in unaufrichtigem Rückgang begriffen. Daher glaube die Partei offenbar, durch die Methoden der Gewalt neue Anhänger gewinnen zu können. In Wirklichkeit betreibe sie damit lediglich die Geschäfte der Reaktion. Als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung der stark übertriebenen kommunistischen Gefahr empfahl der sozialistische Redner eine Politik demokratischer und sozialer Reformen. Eine gewaltsame Unterdrückung der kommunistischen Bewegung würde die sozialdemokratische Partei nicht mitmachen.

Herriot selbst begründete in sehr eingehenden Ausführungen die von der Regierung angeordneten Maßnahmen, die anschließend dem Zweck gegolten hätten, den Ausschreitungen und der Gewalt ein Ende zu machen und Blutvergießen zu vermeiden. Nach 4½jährigem Kriege habe die Regierung es für ihre Pflicht gehalten, einen Bürgerkrieg zu verhindern und bes-

halb habe sie die Ausweitung der ausländischen Agenturen der Volkswirtschaften veranlaßt, die einen Teil der französischen Arbeiterschaft zum bewaffneten Zustand gegen die Mehrheit des eignen Volkes aufzupeitschen versuchten. —

Die französischen Militärausgaben.

ng Paris, 10. Dezember. In der Kammer wurde am Dienstag die Besprechung des Haushalts begonnen. Der Kriegsminister, General Nollet, gab die Erklärung ab, daß die militärischen Ausgaben einer kriegerischen Nation wie Frankreich nur durch das gerechte Bestreben, die Staatsgrenzen zu verteidigen, bestimmt werden können. Sie belaufen sich im Jahre 1925 auf 4,4 Milliarden Franc gegen 1,7 Milliarden im Jahre 1913. Wenn man die Entwertung des Franc berücksichtigt, so seien die Ausgaben um ein Viertel geringer als im letzten Jahre vor dem Kriege. —

3 Milliarden Schulden für andre bezahlen.

tz London, 10. Dezember. Im Anschluß an die Erklärung Macdonalds zur Thronrede erklärte Lloyd George, daß die ägyptische Frage entweder durch ein freiwilliges Über-einkommen oder durch einen Schiedsspruch des Völkerbundes, nicht aber so, wie es der Führer der Arbeiterpartei will, gelöst werden könne. Er betonte weiter, daß England jetzt die Schuldenfrage lösen müsse, da es allein für 3 Milliarden Kriegsschulden der Alliierten die Zinsen aufbringen müsse. Schließlich lobte Lloyd George den deutsch-englischen Handelsvertrag als das Muster eines Vertrags, der geeignet sei, die breiteste Grundlage für die Geschäfte der beiden Völker herzustellen.

Walwin, minutenlang begrüßt, erklärte, daß er auf die außenpolitischen Fragen nicht eingehen wolle, da Chamberlain abwesend sei. In der nächsten Woche solle die Debatte der Thronrede um weitere drei Tage verlängert werden, und bei dieser Gelegenheit werde der Außenminister eine eingehende Darstellung der außenpolitischen Lage geben. —

Paul Löbes Bedingungen.

In der Breslauer „Volkswacht“ unterjucht Paul Löbe die Koalitionsmöglichkeiten des neugewählten Reichstags. Er kommt zu dem Ergebnis, daß leider auch für das Reich nur die bisherige Preußenkoalition übrigbleibt, Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und Volkspartei, die eine genügende Grundlage für eine Mehrheit abgeben würden. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer solchen Koalition müßte aber von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig gemacht werden:

1. Beitritt Deutschlands zum Völkerbund.
2. Ablehnung des hohen Schutzzolls für das Getreide und Abschluß günstiger Handelsverträge mit den Nachbarstaaten.
3. Vereinfachung und Neugestaltung des Steuersystems.
4. Vollziehung des Achtstunden-Abkommens von Washington, Beschäftigung für Erwerbslose, Aufbefferung der Renten für Kriegsooper und Sozialrentner.
5. Soziale Aufwertung für Sparer, Anleihebesitzer und Hypothekengläubiger über den Rahmen der dritten Steuernotverordnung hinaus.
6. Energetische Förderung von Wohnungsbau und Siedlungsweisen in Gemeinschaft mit den Länderregierungen.
7. Reform des Strafrechts.

Paul Löbe fügt hinzu, daß sich die vier Parteien auf dieses Programm sehr gut einigen könnten. Weigert sich aber die Volkspartei, und zwingt man dem deutschen Volke eine Art Bürgerblock auf, dann stehen die Sozialdemokraten auf der Plattform dieser Forderung in der Opposition und werden mit aller Kraft für ihre Durchsetzung eintreten. —

Ansichten der Demokraten.

Aus demokratischen Kreisen verlautet, daß innerhalb dieser Partei eine Minderheitsregierung im Reich von vornherein abgelehnt wird. Voraussichtlich werde das bisherige Reichskabinett bald oder nach einer mit dem Reichspräsidenten zu vereinbarenden Frist zurücktreten, und der Reichspräsident werde dann die in der Verfassung vorgesehenen Schritte zur Bildung einer neuen Regierung tun, d. h. er werde eine Persönlichkeit damit betrauen, eine neue Regierung zu bilden. In demokratischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß eine Regierung der Mitte stets für Deutschland am besten wäre. Da sie aber gegenwärtig keine Mehrheit hinter sich haben würde, sei das Ziel die große Koalition. Es bestanden aber starke Zweifel, ob hier die Deutsche Volkspartei mitmachen wird. Die letzte Möglichkeit sei die Bildung einer Rechtskoalition, an der sich die Demokraten keinesfalls beteiligen würden. Sie würden eine solche Regierung für ein schweres Unglück für Deutschland halten.

Die demokratische Fraktion tritt bereits am 16. Dezember zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der bisherige Fraktionsvorsitzende beabsichtigt, sofort die Besprechung einer Wahlreformvorlage vorzunehmen, die dann unmittelbar nach der Beschlusfassung in der Fraktion im Reichstag eingereicht werden soll. Bei der Wahl des Reichspräsidenten beabsichtigen die Demokraten, dem von der härtesten Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die sozialdemokratische Fraktion wieder den Genossen Löbe als Reichstagspräsidenten vorschlagen wird. —

Stimmen der Schweizer Presse.

Die gesamte Schweizer Presse bespricht ausführlich die deutschen Wahlen, die als entscheidender Sieg der republikanischen Gedanken aufgefaßt werden. Mit besonderer Genugtuung wird die völkisch-kommunistische Niederlage aufgenommen und allgemein der entschiedene Sieg der Sozialdemokratie anerkannt.

So schreiben die „Baseler Nachrichten“: „Die wilden Mienen zur Rechten und zur Linken haben schwere Niederlagen erlitten, und das ist gut so.“

Der Berner „Bund“ rechnet mit einer baldigen Regierungsbildung durch den Anschluß der Sozialdemokratie. Die „Neue Zürcher Zeitung“ stellt mit Verwunderung fest, daß die Schwarzrotgoldenen Parteien entschieden im Vormarsch sind und die Zahl ganzer und halber Monarchisten im neuen Reichstag kleiner wird.

Die Genfer „Suisse“ betont den entscheidenden Wahlerfolg der Sozialdemokratie, der im Ausland einen starken Eindruck mache; da aber keine absolute Linksmehrheit geschaffen sei, müsse leider mit einem weiteren Verbleiben des Verwandelungskünstlers Stresemann gerechnet werden. Aber auch Stresemann werde den außenpolitischen Realitäten Rechnung tragen und seinen nationalistischen Freunden absagen müssen.

Die Genfer „Travail“ erklärt die deutschen Wahlergebnisse als ermutigend für die Friedenspolitik des französischen Linksblocks. —

Stresemann will den Rechtsblock.

Das Organ Stresemanns, die Berliner „Zeit“, erklärt heute ganz offen, daß die große Koalition mit den Sozialdemokraten nicht möglich ist. Sie schreibt:

Wir glauben nicht, daß es auf diese Weise gehen wird. Die Deutsche Volkspartei hat im alten Reichstag eine gradlinige Politik verfolgt, die in die Linie einer gemäßigteren Regierung einmünden sollte. Sowie wir wissen, wird sie diese Linie den Demokraten und Sozialdemokraten zuliebe jetzt nicht abbiegen, sondern sie wird bei dem bleiben, was vor der Auflösung des Reichstags das einzig mögliche war und auch heute noch geliebt ist. Verwirklichen läßt sich diese Möglichkeit natürlich nur, wenn die Deutschnationalen sich zur Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik bekennen, wie sie es vor der Auflösung des Reichstags vorbehaltlos getan haben.

Die Volkspartei mit ihren 50 Mann will also den Versuch unternehmen, das republikanische Bündnis der verfassungstreuen Parteien zu spalten, um trotz des klaren Wahlergebnisses eine Rechtsregierung herbeizuführen. Es liegt bei der Zentrumsparlei, ob diese Fällung des Volkswillens von Erfolg gekrönt sein wird. —

Die Neuwahl des österreichischen Bundespräsidenten.

Am Dienstag nachmittag trat die Bundesversammlung, die gemeinsam aus Nationalrat und Bundesrat besteht, zur Neuwahl des Bundespräsidenten zusammen. Aus der Wahl, die durch Namensaufruf und Stimmzettelabgabe vorgenommen wurde, ging der bisherige Bundespräsident Dr. Michael Hainisch hervor.

Für ihn waren 111 Stimmen abgegeben. Die 90 Stimmzettel der Sozialdemokraten waren leer. Nach der Wahl wurde der Bundespräsident in den Saal geführt. Nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, daß er die Wahl annehme, leistete er das Gelöbniß auf die Verfassung.

Der Vorsitzende hielt dann eine Ansprache an den Bundespräsidenten, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Wirken des wiedergewählten Bundespräsidenten zur Befestigung der Republik und zum Aufstieg des deutschösterreichischen Volkes aus Not und Armut, in die der Krieg es geführt hat, beitragen werde. Er schloß die Versammlung mit dem Ruf: Es lebe die Republik! —

Notizen.

Wenig Platz im Reichstage. Die Zahl der Reichstagsmandate, die zu-ru mit 439 angenommen war, ist sich nach einer Revision des vorläufigen Erhebungs dank der außerordentlich starken Wahlbeteiligung auf 493 erhöht. Der Reichstagspräsident ist als ob-r nur 472 Sitze für die Abgeordneten. Schon nach der Wahl im Mai un-nter Blas für Sitze nur durch Reichstagen: verschiedener Durch-ange in Sitzungssaal ge-ht sein wird u. Es sind jetzt 21 neue Plätze erforderlich. Die Durchgänge in den Eingängen müssen noch u-ter be-schränkt werden, aber einmal müssen auch die bequemsten Ruheplätze in den beiden hinteren Enden des Sitzungssaales ge-ordnet werden. —

Die russisch-schweizerischen Verhandlungen. Die Beziehungen zwischen Rußland und der Schweiz, die seit der Ermordung des rumänischen Gesandten Borowits in Genf abgebrochen waren, werden in kurzer Zeit wieder aufgenommen werden. Die vorhergehenden Verhandlungen wurden von Schweizer Großkaufleuten mit der russischen Handelsvertretung in Berlin und Vertretern der Sowjetregierung in Paris Wien und Bern geführt. Anfang 1925 wird ein russischer Bevollmächtigter zur Einführung offizieller Verhandlungen nach der Schweiz kommen. Die entscheidenden Beschlüsse über die Wiederaufnahme der abgebrochenen Beziehungen hat dann der Bundesrat zu fassen. —

Depeschen.

Rückkehr eines Verschollenen.

Wb. Hamburg, 10. Dezember. Mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Lier“ ist vergangene Nacht der 11 Jahre im fernem Osten verschollen gewesene deutsche Ethnograph Oscar Jden-geller in Hamburg eingetroffen. Jden-geller trat im November 1913 eine wissenschaftliche Expedition in die Gegend des Baikalsees und des Lena an. Nach Ausbruch des Krieges begannen Jahre des Mißgeschicks. Groß Verdruß erwarb sich der deutsche Forscher durch Vertretung der deutschen Kriegs-gefangenen, als deren Delegierter er zuletzt in Wladivostok weilte. Nach dem Abgang der letzten Gejungen weite Jden-geller auf Kamtschatka, wo er Handelsstationen gründete. —

Bergarbeiterstreik.

Wb. London, 10. Dezember. Bei einem Einsturz in einem Bergwerk bei Manchester wurden drei Bergleute getötet und fünf verwundet. —

Kammer

Luciano Albertini in Mister Radio Zwischen den Seilen Gatty im Kleiderschrank Die Sächsishe Schweiz Die neueste Deuligwoche

Panorama

Mae Murray Faszination (Der Saumel einer Nacht) Der Totenkampf um Millionen

Fili

Jackie Coogan Oliver Twist Gatty in der Klemme

Walhalla

Die strahlenden Lichter v. Broadway Constance Talmadge Seine Frau macht alles Die Expreßheirat

Zirkus

Das Warenhausmädel An der Grenze des Gesetzes Vladimir Gaidarow in Liebet das Leben!

Magdeburger Fischhallen

Alte Ulrichstr. 13 Breiteweg 89/90



Wir empfehlen in bester, blutreicher Qualität ff. fetten Rotbarsch ff. großen Seelachs ff. großen Kabeljau ff. Fischfilet ohne Gräten ff. große Rotzungen ff. frischer Tarbutt Lebende Aale, lebende Karpfen, lebende Schleie und lebende Hummer.

Kindschers Spezial-

Rheumatismus-Tee bringt sofort Linderung und Heilung... Wild- und Geflügel-Geschäft Ida Voigt, Magdeburg-Neustadt, Alexanderstraße 17.

Wefelmeyer

Manufaktur - Modewaren Herren- und Knaben-Bekleidung. Magdeburg-Buckau, Feldstraße 1 (Ecke Coquilstraße). Der Weihnachtsverkauf hat begonnen.

2 Paar Damen-Stiefel... Rasiermesser... Anrufnummer 32, 21 r.

Jamaika-Rum... 40%... 3.10 Markt

Menzlein, Bierlein u. Dinglein... Schieferhund... Walter, Saffelbachstraße 20 3.

Händler, Hausierer!... A. Steinmann, Pappelallee 20

Magdeburger Haus-Bastille... Rathaus-Kolonade

Aluminium- und Emaille-Geschirre... Max Weißer, Olvenstedter Straße 9

Verband der Deutschen Buchdrucker... Wegen Umzug... Oeffentlicher Vortrag in Buckau

Jam.-Rum... Zable

Aluminium- und Emaille-Geschirre... Max Weißer

Der Spiritismus und seine wirkenden Kräfte... Spiel- und Spruch-Genossen... Deutscher Metallarbeiter-Verband

Jam.-Rum... Zable

Aluminium- und Emaille-Geschirre... Max Weißer

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Vertretungsmänner-Sitzung... Die Verwaltung

Jam.-Rum... Zable

Aluminium- und Emaille-Geschirre... Max Weißer

Ämtliche Bekanntmachungen... Dr. anstalt... Die Verwaltung

Jam.-Rum... Zable

Aluminium- und Emaille-Geschirre... Max Weißer



Wo gibt es Weihnachts-Geschenke für jedes Alter? In der Buchhandlung Volksstimme

Stadttheater... Donnerstag den 11. Dezember... Wenn der junge Wein blüht... König Nikolo... Der Widerspenstigen Zähmung

Wilhelm-Theater... Donnerstag den 11. Dezember... Wenn der junge Wein blüht... König Nikolo... Der Widerspenstigen Zähmung

General... Täglich 7 1/2 Uhr... Marietta... Sonntag 2 Vorstellungen

Advertisement for Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik A.G. featuring a large logo and text: 'In besonders mildaromatischer Qualität, künstlerischer Aufmachung, neuem Format, 5 A OBERST 5 A die Weihnachtsgabe der Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik A.G. für den deutschen Raucher.'

Ernst Lubitsch' Meisterwerk Rund um die Ehe Der moderne Gesellschaftsfilm Ab Freitag in den Walhalla-Lichtspielen

Ergebnisse der Landtagswahl.

Wahlkreis 1 Ostpreußen.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutschsoziale, Kommunisten, Partei für Volkswohlfahrt, Bauernbund.

Wahlkreis 2 Berlin.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutschsoziale, Unabhängige Sozialdemokraten, Kommunisten.

Wahlkreis 3 Potsdam II.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutschsoziale, Unabhängige Sozialdemokraten, Kommunisten.

Wahlkreis 4 Potsdam I.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Polen, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutschsoziale und Reichsbund für Aufwertung, Unabhängige Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutsche Aufwertungspartei.

Wahlkreis 5 Frankfurt a. d. O.

(16 kleine Bezirke fehlen.)

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutschsoziale, Kommunisten.

Wahlkreis 6 Pommern.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Polen, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutschsoziale, Kommunisten, Aufwertungspartei, Freier Wirtschaftsbund.

Wahlkreis 7 Breslau.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Polen, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutschsoziale, Kommunisten.

Wahlkreis 9 Opper.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten, Nationale Minderheiten.

Wahlkreis 10 Magdeburg.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten.

Wahlkreis 11 Merseburg.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten.

Wahlkreis 12 Erfurt.

(Ohne Langenlitz und Schleisingen.)

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten, Ritterbund.

Wahlkreis 13 Schleswig-Holstein.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Unabhängige Sozialdemokraten, Kommunisten.

Wahlkreis 14 Weiser-Ems

(Helgoland.)

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Weiser, Deutschnationale, Kommunisten.

Wahlkreis 16 Süd-Hannover.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Weiser, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten.

Wahlkreis 18 Westfalen-Süd.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten.

Wahlkreis 19 Hessen-Raffen.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Unabhängige Sozialdemokraten, Kommunisten.

Wahlkreis 20 Köln-Aachen.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten, Partei für Volkswohlfahrt.

Wahlkreis 21 Koblenz-Trier.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten.

Wahlkreis 23 Düsseldorf-West.

Table with 2 columns: Party and Votes. Parties include Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten.

(Die Ergebnisse aus vier Wahlkreisen liegen noch nicht vor.)

zeugungsquoten und Aufteilung der Absatzgebiete unter den Kartellmitgliedern zum Ziel haben.

Solche internationalen Kartelle sind jetzt wieder im Entstehen begriffen; die Schaffung eines internationalen Kohlenkartells wird zurzeit eifrig erörtert. Das internationale Schienenkartell soll bald wieder errichtet, das österreichisch-ungarische Stabeisenkartell erweitert werden usw. Aber auch die nationalen Kartelle innerhalb der einzelnen Länder nehmen in der letzten Zeit überall einen wachsenden Umfang an. Aus Deutschland, Oesterreich, Italien, Polen usw. wird tagtäglich die Kartellierung eines neuen Industriezweiges gemeldet. Eine jüngste Veröffentlichung der englischen Arbeiterpartei entwirft ein Bild von der geradezu vollkommenen Verkartellierung der meisten Industriezweige der englischen Industrie. Je kleiner die Zahl der Unternehmer in dem betreffenden Industriezweig ist und je mehr die von ihnen hergestellten Waren lebensnotwendig sind, um so mehr wird die Schaffung und der Erfolg des Kartells erleichtert. Das Ziel der Kartelle ist die

Ausschaltung der Konkurrenz.

Die Eingriffe der Kartelle in die Bewegungsfreiheit ihrer Mitglieder sind sehr verschieden. Während der Inflationszeit haben sie zumeist nur die Zahlungsbedingungen vorgeschrieben (Kontostartelle), die gegenwärtigen Kartelle haben aber zumeist weitgehende Machtbefugnisse für die Preisfestsetzung und Absatzverteilung. Die Kartelle verfügen über wirksame Waffen, um ihren Beschlüssen, sowohl den eignen Mitgliedern wie Außenstehenden gegenüber, Geltung zu verschaffen. Außer Geldstrafen gehören Sperren, Entzug der Belieferung an unbotmäßige Elemente — das deutsche Kartellgericht beschäftigt sich dauernd mit solchen Fällen —, Bevorzugung der Warenabnehmer, welche die Preisvorschriften der Kartelle beachten usw., zu ihrem Rüstzeug.

Volkswirtschaftliche Wirkungen der Kartelle.

Was sind die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Kartelle? Die Kartelle haben Anhänger auch unter den Volkswirtschaftlern. Die unbedingten Befürworter des Organisationsgebantens begrüßen die Kartelle als eine Form der industriellen Organisation, die unter Umständen einer höheren Organisationsform, den Konzernen, den Weg bereitet. Sie betrachten die Kartelle vielmehr als Vorstufe zum Trust. Andre unterstützen die Kartelle aus dem entgegen gesetzten Standpunkt, indem sie in diesen Abwehrmaßnahmen der Mittel- und Kleinindustrie gegen die Großkonzerne erblicken. Der dritte und wichtigste Standpunkt, von dem aus die Kartelle oft in Schutz genommen werden, ist die Überzeugung, daß die Kartelle als Regulatoren der Wirtschaft wirken, daß sie in die Anarchie der Produktions- und Absatzverhältnisse eine Ordnung hineintragen, die der ganzen Volkswirtschaft zugute kommt. Selbst Anhänger des Kartellgebantens wie Dr. Tschierich erkennen an, daß die gegenwärtigen Kartelle nur schädliche Wirkungen haben.

Meiner Umfah — großer Nutzen!

Für die Kartelle wird auch oft die Tatsache ins Feld geführt, daß ja auch der Staat, der Beschützer der allgemeinen Interessen, die Kartellbildung oft selbst fördert, ja sie erzwingt, wie dies bei den deutschen Zwangskartellen für Kohle und Stahl der Fall ist. Der Staat tut dies — meint Professor Bruns — nicht um die Interessen der Kartellmitglieder zu fördern, sondern wegen der wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der Kartelle für die gesamte Volkswirtschaft, wie Produktionssteigerung, Beschränkung der Konkurrenz, insbesondere bei Krisen, Vorbeugung gegen Arbeitslosigkeit, gleichmäßige und anhaltende Preissteigerung usw. Es ist aber eine grenzenlose Befangenheit, zu behaupten, daß die Kartelle diese Ziele erreicht oder auch nur wesentlich gefördert hätte. Die Arbeitslosigkeit wurde zum Beispiel durch die Kartelle überall erhöht, statt verhindert. Die Kartellpolitik gründet sich auf eine über die Notwendigkeiten hinausgehende Produktionsbeschränkung. Da zur Hochhaltung der Preise, was der vornehmliche Zweck der Kartelle ist, vermindertes Angebot dieser Waren notwendig ist, so gehört die bewusste Produktionsbeschränkung zur Politik der Kartelle. Sie verfolgen diese Politik nicht, um eine volkswirtschaftlich begründete Regulierung der Produktion, entsprechend den Möglichkeiten des Absatzes und der Betriebsmittelbeschaffung herbeizuführen, sondern um die Profite zu sichern. In der Tat kann festgestellt werden, daß in den letzten Jahren in den hochkartellierten Industrien bei geringerer Warenerzeugung auch abgesehen höhere Gewinne erzielt wurden. In den Inflationsländern kommt dies infolge der Inflationsverluste nicht klar zum Vorschein; nach der Stabilisierung der Währung wird sich aber auch in diesen Ländern das selbe Bild zeigen.

Staatskontrolle und Kartelle.

Was aber den Staat anbelangt, der die Entstehung der Kartelle oft auch mit Zwang fördert — die Kriegsorganisations in allen Ländern waren das vornehmliche Beispiel dafür — so geschah die Zusammenfassung der Unternehmer in einem Kartellverband grundsätzlich weder im Interesse der Unternehmer, noch infolge der Heberzeugung von der Vorteilhaftigkeit des Kartellgedankens, sondern weil der Staat selbst durch seine eignen Organe die Produktion leitet und kontrollieren wollte. Das Gewicht wurde nicht auf das Kartell, sondern auf die Staatskontrolle gelegt, zu deren Ausübung die Kartelle erst geschaffen wurden. (Das dabei die Preise hochgehalten wurden, damit die Kartellmitglieder reichlich verdienen, gehört auf ein andres Blatt, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Einstellung.) Die staatliche Unterstützung der Kartelle spricht in erster Linie für die Notwendigkeit der staatlichen Kontrolle der Produktion und Preispolitik. Es wird heute darüber gestritten, ob auch die staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, die gemeinwirtschaftlichen Betriebe, den in den betreffenden Industrien errichteten Kartellen beitreten sollen. Insofern sie dies tun, dürfen sie es als Vertreter der allgemeinen Gesichtspunkte nur deshalb, um innerhalb des Kartells ihren Einfluß zur Wahrnehmung und Vertretung des öffentlichen Interesses geltend zu machen. Ja, selbst in solcher Form ist ihre Teilnahme an den Kartellen, an denen sie auch materiell interessiert sind, nicht unbedenklich.

Kartelle und Zölle.

Mit der Kartellfrage hängt die der Zollpolitik aufs engste zusammen. Hochschutzzoll und Kartelle entstammen dem gleichen Mutterboden. Unter dem Schutze der Zölle gedeihen die Kartelle, durch den Ausschluß der ausländischen Konkurrenz können sie ihre Preise ohne Mühe, ohne Verbilligung der Produktion, durch bessere Organisation der Industrien hochhalten. Selbst ein Befürworter des Kartellgedankens, wie Dr. Tschierich, ist der Meinung, daß die Zölle niedrig gehalten werden müssen, wenn man aus den Kartellen produktionsfördernde Einrichtungen machen will, statt ihnen im Schatten der Hochschutzzölle ein Faubert zu bereiten.

Außer Zweifel ist, daß das Gesetz, welches ein Kartellgericht für die Entscheidung in bestimmten Fällen ins Leben rief, gänzlich unzureichend ist. Die Gesetzentwürfe in andern Ländern zur Kontrolle der Kartelle gehen alle erheblich darüber hinaus. Das Schalten und Walten der Kartelle durch willkürliche Preisfestsetzung zum Schaden der Verbraucher, durch willkürliche Produktionsbeschränkungen zum Schaden der Arbeiterklasse, darf nicht geduldet werden. So schwer auch die Durchführung der Kontrolle sein mag, sie muß eingeführt und wirksam gemacht werden.

Vordringen der Kartelle.

Die Vertretungsbestrebungen der internationalen Eisenindustrie, die zunächst in den Verhandlungen über ein internationales Eisenjudikat ihren weitest sichtbaren Ausdruck finden, lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse erneut auf die überaus wichtige Frage der Kartelle und Trusts.

Zur Entwicklungsbild der industriellen Organisationen der letzten Jahre stand die überall fortschreitende Vertretung, die Schaffung riesiger Industriekonzerne, Interessengemeinschaften usw. im Vordergrund. Die ältere Form der industriellen Organisation, der Zusammenschluß der Unternehmungen in Kartelle, das heißt Verbände, die ihren Mitgliedern verpflichtende Maßnahmen in bezug auf die Verkaufspreise, Erzeugungsmengen, Absatzgebiete usw. (je nach der Beschaffenheit des betreffenden Kartells) vorschreiben, stehen gegenüber den Vertretungsvorgängen in den Hintergrund getreten zu sein. In der Wirklichkeit fielen die letzteren Erscheinungen nur mehr ins Auge, die Kartellbewegung nahm aber weiter ihren Verlauf, ja sie wurde

durch die Trustbildung insofern noch gefördert, als zahlreiche Unternehmer der Mittel- und Kleinindustrie durch die Kartellorganisation einen Schutz gegen die Konkurrenz der Trusts suchten. In den letzten Monaten ist eine neuer kräftiger

Zug zur Kartellbildung

überall zu beobachten. Wie ein hervorragender Kenner des Kartellwesens, Dr. Tschierich, in der „Technik und Wirtschaft“ schreibt, weisen die jüngsten Erscheinungen „auf eine neue Konsolidierung dieser Organisationsform hin, ganz im Gegensatz zu der verbreiteten Auffassung, daß das Zeitalter der Kartelle im Untergang begriffen sei“. Vollends trifft dies auf die internationalen Organisationen des Eisens und Stahls, die in den letzten Jahren hervorgetreten sind, zu. Was hier vorbereitet wird und zum Teil verwirklicht wurde, ist nicht eine kapitalistische Verschmelzung der schwerindustriellen Unternehmungen in den verschiedenen Staaten, nicht gemeinsame Besitzung an den Werken, sondern Kartellvereinbarungen, welche die Ausschaltung der Konkurrenz und die

Ausschaltung der Preise

auf dem Weg der Preisvereinbarungen, Bestimmung der

Der Haarmann-Prozess.

Fünfter Tag.

Ein Zeuge nach dem andern marschiert auf. Eine hunte gemischte Gesellschaft. Die Hausbewohner Haarmanns, Kellner aus den Lokalen, wo Haarmann verkehrte, seine ehemaligen Freunde und Bekannten, Mepper, Gebler, Zuhälter, Diener und andere freundliche Mitmenschen. Ein trauriges Kapitel aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung tut sich da auf. Vielen von ihnen ist die Arbeit unbekannt. Sie leben meistens vom Verkauf von Meppfachen, von Ringen, Ketten, Armbändern usw., die sie für wenige Groschen kaufen und als „garantiert echt“ verkaufen. Das war das Mittel, in dem Haarmann lebte, Jugendliche an sich lockte, mitnahm und umbrachte. Sehr viele kamen auch von selbst zu ihm. Besonders Schüler, darunter Apothekers- und Professorenkinder, die sich dadurch ihr Taschengeld verdienen wollten. Es ist bereits festgestellt worden, daß Hunderte von Jungen und Schülern

auf den sogenannten Strich gehen, sich den Homosexuellen gegen Bezahlung anbieten. Und es muß gesagt werden, daß auch manche Eltern nicht ganz frei von aller Schuld gesprochen werden können. Kennen sie das Seelenleben ihrer Kinder so wenig, kümmern sie sich nie darum, was die Kinder in der freien Zeit machen, woher sie das Geld haben, allen Eltern sei dieser Prozeß eine dringende Warnung, mehr als bisher sich darum zu kümmern, was ihre Kinder machen, wo sie sich aufhalten, wie sie ihre freie Zeit verbringen.

Es gibt heute wieder eine kleine Sensation. Der Zeuge Olfermann, Grenzpolizeikommissar a. D., der mit Haarmann das sogenannte Detektivinstitut „Lasso“ gegründet hatte, verwickelt sich bei seinen Aussagen durch das Eingreifen Haarmanns, der mit größtem Scharfsinn sich jeder Einzelheit erinnert, derartig in Widersprüche, daß wahrscheinlich der Staatsanwalt sich noch einmal mit ihm beschäftigen muß. Die Aussage der Zeugin Mruhel gibt uns Veranlassung, den Herrn Staatsanwalt, der ja eifrig bemüht ist, die Rolle der Polizei in der ganzen Affäre zu klären, auf folgendes hinzuweisen: Die Zeugin jagte aus, daß sie, nachdem sie vorher den Franke wie leblos auf dem Bette habe liegen sehen, nachmittags wieder bei Haarmann gewesen sei und den Augenblick, wo er abgerufen wurde, benutzte, um

das Fleisch aus der Bute zu nehmen,

das sie dann nachher zum Polizeikommissar Müller getragen hat. Wenn die Zeugin keinen Verdacht geschöpft hätte, hätte sie auch keine Ursache, das Fleisch zur Polizei zu bringen. Da sie aber zweifellos Verdacht gegen Haarmann gehabt hat, wird sie diesen Verdacht auch gegenüber dem Polizeikommissar Müller äußern müssen. Es würde festzustellen sein, ob sie das getan hat und weiter, was die Polizei, oder besser gesagt, Kriminalkommissar Müller, unternommen hat, der Haarmann ja auch kannte, sehr gut sogar, und der auch genau wußte, daß man Haarmann früher schon einmal wegen Mordverdachts verhaftet hatte. Die Klärung dieses Punktes wird uns so notwendiger sein, da das Disziplinarverfahren gegen verschiedene Beamte bis nach Beendigung des Prozesses zurückgestellt worden ist.

Die Zeugenvernehmung wird um 9 Uhr fortgesetzt. Zeuge Niemeyer, der neben Haarmann in der Keller Straße wohnte, hat vor dem Hause oft Jungen im Alter von 13 bis 14 Jahren gesehen, auch welche mit Schülertüten. Durch die Geräusche, die er bei Haarmann hörte, sei ihm immer sehr gruselig gewesen und er habe auch einmal einen jungen Mann vor Haarmann gewarnt.

Zeuge Köhler ist mit seiner Aussage außerordentlich zurückhaltend. Er versteht jede Frage, die an ihn gerichtet wird, falsch. Schließlich jagt Haarmann: „Er ist gar nicht so dumm. Wir kennen uns doch schon lange. Wir wollen doch offen reden, wir haben doch

auch zusammen geschlafen.“

Zeuge hat mit Wittowski jenen Gasparapparat in der Tischschloßstraße betrieben, während Haarmann jagt, daß er dort Brillanten und andre Versteine hinstellte, er bekam von großen Geschäften Kredite. Der Zeuge hat Haarmann einmal gewarnt, weil Grans und Wittowski mit der Erbschaft Haarmanns ein Geschäft aufmachen wollten, hat aber auch mit Grans zusammen jenen Meppfachen verkauft. Einmal hat er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß Haarmann den Grans immer rauschmeißel und ihn immer wieder aufnehme.

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

(28. Fortsetzung.)

Spät am Tag, als der Arzt, den man von Douglas hatte kommen lassen, bedenklich über ihr den Kopf schüttelte, ließ sie ihre Schöne rufen. Die kamen und umstanden ihr Bett, und auch Greeba, die sie von Anfang an gepflegt hatte, war zugegen. „Jungens!“ jagte sie zwischen vielen Anrufen von Egarren, „vor allem haltet das Land zusammen und laßt es nicht zerfallen! Bringt auch keine Weiber herbei, sonst gibt es Unfrieden. Und wenn einer von euch heiraten will, so zahlt ihm seinen Anteil aus und laßt ihn gehen. Aber, Jungens, noch etwas!“ jagte sie, die müden Arme ausstreckend, „geht dem Mädchen, was ihr zulohnt, und laßt sie heiraten, wenn sie will.“

„Al das wurde sicherlich versprochen. Nur dachte sie, daß sie als reibliche Frau den Menschen und der Welt gegenüber ihre Pflicht getan — auf Egarren gab sie nichts — und fiel mit einem Seufzer auf ihre Knieen zurück.“

Nun war aber die Heirat keineswegs das Mittel, Streit zu verhindern. Denn kaum hatte Frau Fairbrother den letzten Atemzug getan, als die Brüder, auch ohne Weiberhülfe, zu zanken begannen. Aber behauptete, daß ihr als Heiraten geschichtlich eigentlich alles Land gehörte. Darüber wurden Hof und Staan während und tobten bei dem Gedanken, daß Kredit auf ihrer Bräutigam zu sein oder unter ihm zu stehen. So stritten sie, bis Jakes meinte, es gebe offenbar nur einen Weg, den Frieden unter ihnen aufrechtzuerhalten, nämlich, das Land zu teilen und jedem seinen Anteil zugewiesen. Da fiel ihnen ein, daß Lague, damals das größte Viehzüchter im Norden des Landes, eine aus sechs einzelnen Farmen zusammengesetzt worden war, daß zu jeder ein Haus gehörte, davon fünf allerdings seit langer Zeit leer gestanden. Und da ihrer gerade sechs waren, schien es, wie Jakes sagte, als ob die Vererbung es so bestimmt habe, um ihnen aus der Verlegenheit zu helfen. Die einzelnen Höfe waren wohl alle gleich groß, das Land aber sehr verschieden, und das gab Ursache zu neuem Streit. Schließlich löste sie. Als nun einem jeden sein Hof zugewiesen war, waren alles geregelt und in Ordnung. Da trat Jakes plötzlich aus:

„Wie steht es aber mit dem Mädchen?“

Der all ihrem Handeln hatten sie gar nicht an Greeba gedacht und mochten nun lange Geschwister. Doch Jakes wußte wieder der Rat. Er schlug vor, daß Jakes sie in Lague behalten, die andere fünf ihr den der Ernte etwas geben sollten, so daß der Unterhalt und ihre Bedürfnisse ihr Erbschaft haben sollten. Was Jakes sie mehr wünschten, als was sie bedürfte?

Sie gegen den Willen Greeba gar nicht zu Rate, und bebort sie sich nun wieder konnte, ging der Streit wieder los. Das Erb dem Jakes war eine Gerichtsverhandlung. Ein Anwalt hatte geführt, wie es ihre Brüder mit ihr in Streit hatten, hatte Jakes und vertrat unterdessen so viel zu ihrem Gunsten zu erweisen, daß der Richter urteilte, jeder ihrer sechs Brüder

die Verurteilung hat ihr mal erzählt, daß sie gesehen hat, wie ein junger Mann verschwinden sei und die Kleider morgens bei Haarmann gewesen seien.

Seiner Beziehungen zur Kriminalpolizei

hat Haarmann sich oft gerühmt, Haarmann soll auch einmal gesagt haben, daß er sehr intelligent sei und die Polizei zu täuschen verstände.

Außer andern Zeugen, die aber nicht so erheblicher Bedeutung sind, wird der Zeuge Grenzpolizeikommissar a. D. Olfermann vernommen, der angibt, daß er sich an Haarmann gewandt habe wegen Aufklärung eines Diebstahls bei Ebler und Wische. Dafür habe Haarmann dreimal Geldsummen bekommen. Haarmann habe ihm früher erzählt, daß er lange Jahre mit Erfolg als Privatdetektiv tätig gewesen sei. Das Detektivinstitut Olfermann sei nur eine Aufgründung gewesen. Der Zeuge gibt zu, daß er einen Stempel für das Detektiv-Institut hat aufsetzen lassen. Es ist derselbe, mit dem auch Haarmanns falscher Ausweis gestempelt ist, von dem Ausweis selbst will er nichts gewußt haben. Er bestreitet, ihn jemals gesehen zu haben.

Haarmann läßt die Aussagen dieses Zeugen in einem sehr eigenartigen Lichte erscheinen, nicht nur bestreitet er, daß er dreimal Geld bekommen habe, es sei nur einmal der Fall gewesen, sondern er habe sogar von allen Belohnungen, die man verdient habe,

Olfermann die Hälfte abgeben.

Der Ausweis, den der Zeuge vorher nicht gekannt haben will, sei sogar in der Wohnung Haarmanns von dem Zeugen selbst gestempelt worden.

Der Zeuge bestreitet die Michtigkeit der Haarmannschen Ausführungen.

Haarmann erklärt: „Ich lade 10 Zeugen, ich will den Mann wegen Meineids ...“

Olfermann: „Ich habe mir nur meine Anlagen ersehen lassen.“

Haarmann, energisch: „In mehreren Fällen hat er die Hälfte des Geldes bekommen. Ich bitte die Zeugen zu laden.“

Olfermann: „Ich weiß mich wirklich nicht zu entsinnen.“

Haarmann: „Der Zeuge hat sogar bei mir gestöhnt.“

Olfermann: „Das geht doch ein bißchen zu weit!“

Haarmann: „Auch ich habe er bekommen!“

Olfermann: „Nein, nein!“

Aus Haarmanns Nachbarschaft.

Nach weiteren unwesentlichen Zeugenaussagen wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Zeugin Frau Linderer vernommen, die auf demselben Hofe wohnte wie Haarmann. Sie erzählt, daß Haarmann sich ihrem Mann, als er einzog, als Kriminalbeamter der Sittte vorgestellt habe. Einmal wollten sie Haarmann verhaften lassen, weil sie glaubten, daß er einen Diebstahl bei ihnen ausgeführt habe. Sie habe oft junge Leute bei Haarmann gesehen, und als sie ihn einmal darum frage, jagte er, er brauche sie für detektivische Zwecke. Es ist oft bei Haarmann geklopft worden. Einmal so stark, daß unten

den Leuten die Rede auf den Kopf gefallen

ist. Einen gefüllten blutigen Beutel hat die Zeugin auch gesehen, ebenso einen gefüllten Eimer, der mit Papier zugedeckt war und den Haarmann nach dem Klopf brachte, das oft verstopft war. Haarmann hat das aber selbst immer wieder in Ordnung gebracht. In seiner Wohnung soll ein fürchterlicher Geruch getrieben sein. Schreien oder Röheln hat sie nie gehört.

Zeuge Linderer, der Nachbar Haarmanns, hat gehört, wie Haarmann einmal zu Grans jagte: „Wenn Du das eben nicht willst, dann mußt Du arbeiten, und Arbeiten ist schwer.“ Einmal hat der Zeuge auch gesehen, wie Haarmann morgens um 5 Uhr mit einer schweren Klappe, in der Fleisch war, die Treppe herunterkam und wegging.

Zeugin Frau Mruhel, die mit Grans ein Verhältnis hatte, wird nur teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen. Sie hat öfter junge Leute bei Haarmann gesehen, auch einmal den Fiedel Franke, mit dem sie abends noch in einer Birtschafft gewesen sind. Als sie am nächsten Morgen zu Haarmann heraufkam, lag Franke ruhig auf dem Bette, mit dem Kopfe nach der Wand und rührte sich überhaupt nicht. Haarmann jagte: „Sei mal ruhig, er will schlafen.“ Am Tage vorher hatte Grans gesagt: „Der wird gemacht!“ Darunter will die Zeugin verstanden haben, daß man ihm die Sachen abnehmen wollte. Nachmittags kam sie wieder und sah nur noch das Zeug dort liegen. Als sie Haarmann fragte, wo der Junge sei, jagte er, der ist abgereist. Haarmann wurde dann aber zum Freier Begleite hübergerufen, und den Augenblick hat die Zeugin,

die noch ihre Freundin Emmi Schulz bei sich hatte, benutzt, um die Bute aufzuschließen. Darin stand ein großer Waschkopf, der zu drei Vierteln mit Fleisch gefüllt war. Da die Zeugin Verdacht schöpfte, nahm sie daraus zwei Stücke und brachte sie zum Polizeikommissar Müller, mit dem sie dann beim Gerichtsarzt war, der feststellte,

daß es Schweinefleisch sei.

Eines Tages kam die Zeugin mit Haarmann, der betrunken war, in dessen Wohnung, die aber verschlossen war. Schließlich öffnete Haarmann die Tür gewaltsam und fand Grans mit einem Messer in seinem Bette liegen. Er machte Krach und beide schligen sich. Haarmann schrie „Schupo, Schupo“ und Grans rief: „Du Mörder, Du Mörder!“ Grans hat einmal zur Zeugin gesagt: „Ach, Haarmann treid id blot ut.“ Er habe auch Krachen hinter Haarmanns Rücken gemacht. Manchmal, wenn Haarmann ärgerlich war, hat er ihn gefügt und zwar sehr lange. Haarmann hat alles, was Grans wollte. Grans hat auch einmal zur Zeugin geäußert, wenn ich mal umgebracht werde, hat Haarmann das gemacht. Nach Aussage der Zeugin konnte Haarmann alles, lachen, fluchen, stossen. Die Strümpfe stopfte er besser als manche Frau.

Gleich nach der Mittagspause ereignete sich ein Zwischenfall. Als Grans immer hartnäckig leugnete, rief Haarmann höhnisch lachend: „Wenn er noch weiter schwänzelt, sage ich noch viel mehr. Er war aber zu einer Aussage nicht zu bewegen und rief nur drohend dem Grans zu: „Du kommst auch noch dahin, wo ich hinkomme.“

Um 4 Uhr wird die Verhandlung vertagt. —

Bereins-Kalender.

Buchdruck. Am Freitag den 12. Dezember, abends 7 Uhr, Versammlung im Weidhans-Bau, Bielefeld, Auf dem Hülfenmaul 5. 122
Arbeiter-Vereins-Vorstand. Sonntag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, Sitzung des Gewerkschafts-Vorstandes im 121
Fischer-Verein. Freitag den 12. Dezember, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung im „Fischer“, Sutherstr. 122
Schülerverein. Samstag, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im „Artenhof“, 122
Fischer-Waffe. Sonntag, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im „Artenhof“, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung bei Ed. Hoß, S. 122
Groß-Of. Sonntag, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im „Artenhof“, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung bei Ed. Hoß, S. 122
Am gleichen Abend 7 Uhr treffen sich sämtliche Mitglieder zur Wahl eines Sp. Ausschusses. Am vollst. laes. 122
Der Vorstand.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Ein köstlicher Nachtisch

wird stets jung und alt erfreuen.

Sie können sich dieses Vergnügen mit **Dr. Oetkers Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln.** häufiger leisten, weil die Zubereitung billig ist und wenig Umstände erfordert. Dabei aber ist die Speise außerordentlich nahrhaft und wohlbekömmlich.

Für 4 Personen genügt:

1 Päckchen Dr. Oetkers Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln	M. 0,20
1/2 Liter Milch (Liter ca. 33 Pfg.)	ca. 0,17
3 Eßlöffel (5 g) Zucker	ca. 0,07
1 Päckchen Dr. Oetkers Sosenpulver	ca. 0,05
1/2 Liter Milch	ca. 0,17
1 Eßlöffel (25 g) Zucker	ca. 0,02
	M. 0,68

Vesuchen Sie ferner:

- Dr. Oetkers Makronen-Puddingpulver
- Dr. Oetkers Puddingpulver nach türkischer Art
- Dr. Oetkers Schokoladenspeise mit Makronen
- Dr. Oetkers Gula-Schokoladen-Puddingpulver
- Dr. Oetkers Götterspeise

Der Name „OETKER“ bürgt für beste Qualität! Verlangen Sie in allen einschlägigen Geschäften nur Originalpackungen mit der Schutzmarke „Oetkers Hühnerkopf“.

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld.

sucht und kann's nicht mehr. Die Tage schleichend langsam hin.

Sei mir nicht böse, bitte, wenn ich zu früh komme.“

Greeba antwortete ihm nicht.

„Mir ist so traurig zumute“, sagte er, „seit ich Dich das letztmal sah, als Du mich gehen ließe. Ich gehorchte, obgleich es mir schwer wurde. Doch lassen wir das!“

Sie sprach immer noch nicht.

„Greeba, ich weiß einen, der Dich nie vergessen kann. Am Morgen und am Abend bist Du mit ihm; denn er liebt Dich hing — ja, Greeba, wie nie zuvor ein Mädchen geliebt wurde, seit der Welt steht. Er hat nichts andres in der weiten Welt zu sehen als Dich.“

Sie sah zu ihm auf, als er sprach, sah Mut in seinen Augen aufleuchten, sah, daß er, der sie liebte, als ein Mann ihr zur Seite stand. Da schloß ihr das Herz, und ihre Augen füllten sich mit Tränen. Er sah in ihren Augen, daß er sie gewonnen hatte, und zog sie mit einem wilden Freudenstreich an seine Brust. Da lag sie, und er flüsterte ihr ins Ohr:

„Mein Lieb! mein Lieb! Liebe meines Lebens!“

„Nur war so einsam“, murmelte sie.

„Du sollst nie mehr einsam sein, nie mehr, mein Lieb, nie mehr“, und seine sanften Worte drangen ihr tief ins Ohr. Er blieb eine Stunde bei ihr, schwägend und lachend, und als er fort ging, hörte sie ihn unter dem Tore noch einen Gejag anjammern und ihr Ohr umschmeicheln lachend die Worte:

„Freu dich, denn ich auf Erden nicht.“

Als so ein glückliches Mädchen sich dem Mund.

Wo tief in der Augen dunkeln Grund

So herrliche Worte geschrieen mir ich

Von Treu und Lieb, von Zusammengehör.

Es lebe mein Lieb, mein Mädchenlein,

Und sei mir immer mein Sonnenschein.

Denn Freu dich, denn ich auf Erden nicht.

Als strahlend im Glück ein Mädchenlein.

Als Greeba wieder allein war, suchte sie sich zu fassen und dachte im Stillen, ob sie wohl je bereuen würde, was sie jetzt so hastig getan, und ob sie diesen Mann auch so lieben könne, wie er es verdiene und sicherlich wünsche. Der Ton von Jakes Stimme unterbrach diese Betrachtung. Er kam fröhlich und gesund gelaufen, brachte seinen Kopf zur Tür herein und rief heiter:

„Was für ein Dummkopf ich doch bin. Ich vergaß Dir den Brief abzugeben, den mir der Postbote heute früh für Dich übergab, als ich in Ramsch war. Sieh, er kommt aus Island. Gute Nachricht von deinem Vater, hoffe ich, Gott segne ihn.“

Mit diesen Worten legte er den Brief in Greebas Hände und lief dann munter weg und sang wie vorher das fröhliche Lied seiner Heimat:

Es lebe mein Lieb, mein Mädchenlein,

Und sei mir immer mein Sonnenschein.

Der Brief war von Michael Sunlods.

(Fortsetzung folgt.)

müsse ihr jährlich acht Pfund auszahlen als Gegenwert für den Landteil, den sie ihr voreinhalten. Greeba war allein von Ramsch nach Lague zurückgekehrt, ihr Herz war so schwer, daß sie nach keiner Gesellschaft verlangte. In ihrer Einsamkeit fühlte sie sich hin und dorthin, wie sie nun in der Tat allein sei in der weiten, weiten Welt; daß sie niemand mehr habe, zu dem sie aufblicken, und keine harte Hand, auf die sie sich stützen könne. Gerade in diesem Augenblick wurde die Tür ruck geöffnet und Jakes hand auf der Schwelle.

„Greeba, darf ich hereinkommen?“ fragte er leise.

„Ja“, antwortete sie laun hörbar, und er trat ein.

Sie schaute nicht auf, und er bot ihr die Hand nicht. Doch sie fühlte sich schon härter, als er an ihrer Seite stand, und ihm war, als ob ihm ein Stein vom Herzen fiel, als sie so vor ihm sah.

„Höre mich an, Greeba“, sagte er. „Ich weiß um Deine Sorgen, und es tut mir so leid. Nein, das ist's nicht, was ich eigentlich sagen wollte, mir fehlen die rechten Worte, Greeba.“

„Ja?“

„Es ist nicht, als ob das Fatale uns für einander bestimmt, Dich und mich. Die Welt ist mit uns beiden schlimm verfahren bis dahin. Gib mir das Recht, für Dich zu kämpfen.“

Tränen stiegen in ihre Augen, als er so sprach. Er hielt inne, und seine schlängelnden Finger fanden ihre Hand.

„Greeba“, rief Jakes. „Sie aber weichte dem Strome heiser Worte, welchen sie kommen sah, indem sie sagte:

„Doch nicht nun, Jakes, heute nicht mehr zu mir, nicht heute Jakes. Geh.“

Er gehorchte, ohne ein Wort zu sagen, hob die Mütze auf, welche zu Boden gefallen war, und ging weg.

Sie sah noch lange, den Kopf in den Händen begraben, da schließlich war ihr Michael Sunlods in den Sinn gekommen und ihr eingefallen, daß sie auf ihn zu warten versprochen, daß sie an ihn geschrieben und seine Antwort jeden Tag eintreffen könne.

Am folgenden Morgen ging sie nach Ramsch hinunter und erkundigte sich auf der Post, ob ein Brief da sei. Es war keiner da.

In drei Tagen wurde ein Boot von den Shetlands vielleicht die Inselische Post mitbringen. Sie ging pünktlich wieder nach Ramsch hinunter. Das Boot war im Hafen und die Post abgehakt, aber kein Brief war da für sie. Sie fielen bis neun Tagen wurde der wichtige Kaufmann, der zwischen Dublin und Ramsch regelmäßig verkehrte, auf seiner Heimreise anlegen, hieß es.

Greeba wartete, aber ihre Hoffnung sank. Zur festgesetzten Zeit langte der Kaufmann an, brachte aber keinen Brief für sie. Da gab sie die Hoffnung auf. Sunlods wollte vielleicht nichts mehr von ihr wissen. Möglicherweise liebt er eine andre. Und während ihr Herz sank, hob sich ihr weiblicher Stolz, und ganz hochmütig — denn auch mit Tränen in ihren großen schwarzen Augen — fragte sie sich, was ihr das schließlich anmache. Nur fragte sie sich so allein und so traurig und so hoffnungslos, und hatte doch niemand, der ihr helfen konnte.

Etwa vier Tage später kam Jakes wieder und fand Greeba allein, wie das letztmal. „Ich kann nicht mehr länger wegbleiben“, sagte er, die Augen niederschlagend. „Ich hab's ver-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Dezember 1924.

Nach der Wahl.

Der Wahlkampf in Deutschland. In 4 Wochen schwersten Wahlkampfes haben alle Funktionen der Partei...

Wir danken allen denen, die in irgend einer Weise sich an der Wahlarbeit beteiligt haben...

Wir dürfen nicht müde werden. Es gilt jetzt nach dem Erfolg die organisatorische Seite für uns nutzbar zu machen...

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Magdeburgs

Nähergehehen der „Tageszeitung“.

Die „Tageszeitung“ leidet an chronischen Schwindelanfällen, das ist bekannt. Nun ist dazu auch noch ein Schwindel-Überfall gekommen...

In dem ärztlichen Urteil, das Dr. Neubauer ausgestellt hat, heißt es, daß der Pfortner am Montag bläulich verfärbte Schwellungen und „Kragaffekte“ an der rechten Gesichtshälfte hatte...

Nun sind ja Schwellungen und Kragschwellungen möglich, ohne daß ein Überfall stattgefunden hat. Vor allem sind Kragschwellungen und Anschwellungen noch kein Beweis...

Das ehrbare Blatt macht für alle Dinge das Reichsbanner oder die Sozialdemokratie verantwortlich. Es läßt nach roten Mäusen jagen — bei der jetzigen Bitterung dürfte hier ein Erfolg nicht ausbleiben...

Was in der Wahlnacht wirklich geschehen ist im Geschäftshaus der „Tageszeitung“, das geht ungewisslich aus dem Bericht der Polizei hervor...

Der Kommandeur der Schutzpolizei, Polizeioberst Ruhn, wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag von der „Magdeburger Tageszeitung“ angerufen und ihm mitgeteilt, daß ein Auto mit Reichsbannerleuten vorgefahren sei...

Das Ueberfallkommando sah aber nur zwei harmlose Passanten. Sonst war die Obersteifeder Straße und die Nebenstraßen vollkommen menschenleer...

ringen bearbeitet worden sein sollte, bis er blutüberströmt zusammenbrach, außer einigen kleinen Hautabschürfungen keine Schlagwunden aufzuweisen. Der Führer des Ueberfallkommandos hatte den Eindringling, als ob der Hausmann an dem Zwischenfall nicht ganz unschuldig sei...

Die Polizei steht daher den Angaben des Hausmanns, auf den sich ansehend auch die Anzeige der „Tageszeitung“ gründet, sehr skeptisch gegenüber...

Die „Tageszeitung“ schilt nun auf die Polizei, weil diese auf den Ueberfallschwindel nicht hineingefallen ist. Das ehrbare Blatt wagt aber selbst nicht, seine früheren Angaben aufrechtzuerhalten...

Lieber Wähler, liebe Wählerin!

Du hast am 7. Dezember sozialdemokratisch gewählt. Der Erfolg ist nicht auszubleiben. Du bist auch hochinteressant darüber. Mit Recht über das Ergebnis kann nur geschwiegen werden...

Parteisekretariat Magdeburg, Große Münzstraße 3, 2. Et.

Zur Aufnahme meldet sich:

Formular for registration with fields for Name, Address, Birth date, etc.

Eintrittsgeld 50 Pf.

Wochenbeitrag für Männer 15 Pf., für Frauen 5 Pf.

Vorweihnachten.

Wenn der November zu Ende geht, meint man mehr Lichter zu sehen, Tannenduft zu wittern. Wie weit die Wirklichkeit, wie weit die Phantasie an diesen Vorstellungen schuld ist, bleibt schwer zu entscheiden...

Tannenzweig und bunter Aufputz helfen die Schaulust, womöglich schon von der Lukenseite, auffällig zu machen. Was im Fenster selber steht, ist weniger lobenswert...

schlimm, wie in dieser Beziehung in den Läden unter den Nachausläuben gefündigt wird. Das Farbenfeld des Durchgangs, das laut geliefert hat, und die Farben drinnen schlagen sich ebarmungslos tot...

Über die größte Schenkwürdigkeit in den Wochen vor Weihnachten ist doch die Tischlerbrüde und der Schwibbogen. Unzählige Tannenzweiggehänge spannen sich über die Gassen...

Wanderlustige Eisenbahnarbeiter.

Von der Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Die „Magdeburger Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 619 vom 5. Dezember eine Mitteilung des Landes-Arbeitsamts Sachsen-Anhalt, die sie zynisch mit „Wanderlustige Eisenbahnarbeiter“ überschreibt...

Es ist es zu begrüßen, daß der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung das Landesarbeitsamt angewiesen hat, dahingehend zu wirken, daß die durch den Abbau zur Auswanderung gezwungenen Facharbeiter der deutschen Wirtschaft erhalten bleiben...

Diese Feststellung wird nicht nur von uns gemacht, sondern selbst die technischen Leiter des Eisenbahnbetriebs führen einen hartnäckigen Kampf gegen die Staatsmänner, die von dem Grundgesetz ausgehen, die vorhandene Arbeitsanhäufung mit verminderter Arbeitskraft zu bewältigen...

Ein Komödiantenreform. Der englische Komiker George Robey stellte einen eigenartigen Reform auf. Er hat seit dreißig Jahren keine einzige Vorstellung veräußert...

Von der Königsberger Akademie. Die Kritik in der Königsberger Musikakademie, die seit Jahren zeitweise Hörer und Schüler in Spannung erhalten hat, darf als beendet angesehen werden...

Von der Totenliste. In Berlin ist den Folgen einer Blinddarmerkrankung der Pianist, Komponist und Musikpädagoge Eber Schramm erlegen...

Ein merkwürdiges Kirchenkonzert. Im „Simplicissimus“ lesen wir: Der „Benzberger Anzeiger“, Amtsblatt für die Stadt Benzberg, schreibt in Nr. 92 am Dienstag den 11. November 1924...

Kleines Feuilleton.

Zentraltheater.

Im Zentraltheater ist ein Wechsel in der Besetzung zweier Hauptrollen eingetreten. Für den erkrankten Hans Wilhelm sang ein Herr Otto Marken vom Thalia-Theater in Elberfeld die Partie des Torelli in „Marta“...

Der Weihnachts-Piper-Vote.

Ein neuer Piper-Vote wird schon vom Münchner Verlag R. Piper u. Co. verhandelt. Der Silberstempel ist echt weihnachtlich. Eine zarte Federzeichnung von Dürrer ist erfüllt vom Märchenzauber der Heiligen Nacht...

großen Ruffen wird etwa zwölf Bände umfassen. Eine merkwürdige Manuskriptseite mit Federzeichnungen von Dostojewskis Hand ist dem Bericht beigegeben...

Theaterchronik. In Berlin wurde im Trianon-Theater „Sie läßt sich nicht verkaufen“ von Adolf Paul, im Komödientheater „Die Cousine aus Warchau“ von Louis Verneuil uraufgeführt...

Mia Rays Loden. Ein sehr bekannter Berliner Schriftsteller feierte in diesen Tagen ein Geburtsstagesjubiläum und erhielt von seinen vielen Freunden ein Stammbuch, in dem sich jeder mit einem ersten oder lustigen Glückwunsch beteiligte...

höheren Ankosten verknüpft ist, ist diese Maßnahme auch vom Standpunkt der Arbeitsvermittlung zu verwerfen; denn die Erwerbslosenfürsorge der Metallindustrie wird durch Zuweisung eisenbahneignen Arbeiten an die Privatindustrie keineswegs erleichtert, da erfahrungsgemäß die Unternehmungen, die Arbeiten von der Eisenbahn erhalten, keine neuen Kräfte einstellen, sondern durch Leistung von Ueberstunden und Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte die Mehrarbeit bewältigen. Auch der Trost der Reichsarbeitsverwaltung, daß die Sacharbeiter bei aufsteigender Wirtschaftsjunktur in Deutschland benötigt werden, ist sehr hohl, denn es kann ja keineswegs den zur Entlassung stehenden Eisenbahnsacharbeitern zugemutet werden, bis zu dem Zeitpunkt zu hungern.

Wenn also das Arbeitsamt gewillt ist (woran wir gar nicht zweifeln), mit uns den vom Abbau betroffenen Arbeitern zu helfen, so schlagen wir vor, durch Einwirkung auf die Zentralbehörden auch die Reichseisenbahn-Aktiengesellschaft zu zwingen, zunächst die Arbeitsförderung und Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden in den Haupt- und Betriebswerkstätten usw. näherzutreten.

Schlechtes Trinkwasser. In der letzten Zeit mehren sich die Klagen über die Verschlechterung des Leitungswassers. Tatsächlich befindet sich das städtische Leitungswasser in einer Verfassung, daß es in ungekosteter Weise beim besten Willen nicht mehr zu genießen ist. Wie uns von wälder Seite mitgeteilt wird, liegt die Ursache der unangenehmen Verschlechterung in der Zuckerkampagne, die jetzt in vollem Gange ist. Die Abwässer der Zuckerraffinerien werden in die Elbe geleitet, das städtische Wasserwerk mit seinen Filteranlagen kann zwar vieles aus dem Wasser wieder herausnehmen, aber manche Chemikalien und den unangenehmen Geschmack können die Filter nicht entfernen. Wenn die Zuckerkampagne beendet ist, wird aber das Wasser wieder besser sein. Wir haben es also mit einem Uebelstand zu tun, der zum Glück nicht dauernd sein wird.

Das Ableben der Wassermeister. Die Gas- und Wasserwerke machen dar auf aufmerksam, daß die Ablebung der Wassermeister von Anfang nächsten Jahres an wieder vierteljährlich erfolgt. Den Abnehmern wird um eigenen Interesse empfohlen, die Meister in kürzeren Zwischenräumen selbst abzuwecheln und den Verbrauch zu kontrollieren um sich vor größeren Wasserverlusten zu schützen. Anleitung zum Ableben von Wassermeistern wird in Verwaltungsverordnungen der Gas- und Wasserwerke, S. 10, Nr. 6, genau erteilt.

Das Buch für Arbeiterjugend. Gegen und Junken kann bei den Verlagsstellen der S. P. D. bestellt werden. Name und Adresse sind in den Blättern eingetragen, die bis zum 15. Dezember in der Buchhandlung Volkstimme abgegeben werden müssen. Der Preis des Buches ist in Ganzleihen gebundenen Buches beträgt nur 2,80 Mk. Das Buchlein ist das beste Weihnachtsgeschenk für Jungen im Alter von 10 bis 14 Jahren.

Arbeiterwohl acht Salbte-Weiterhüfen. Die zur Beförderung getretenen Sachen können in der Weiterhüfen Volkshilfe (Vehrwahner) am Sonntag Vormittag in der Zeit von 10 bis 12 Uhr zur Ansicht aus.

Ein Frauenabend für Fernerleben, Salbte, Weiterhüfen. Ein et am Freitag in der „Kaiserhalle“ nach. Der Redakteur Müller hält einen Vortrag. Gut zu Besuch wird erwartet.

Der Vortrag Thomas Mann im Verein Magdeburger Presse. Der am Donnerstag den 11. Dezember im Götter-Eck-Club angesichts war, kann nicht stattfinden, da der Dichter erkrankt ist. Neuer Termin wird bekanntgegeben.

Vom Taschenrechner der Reichsbahndirektion. Die uns die Post vom Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, ist zu dem am 5. Oktober 1924 herausgegebenen Taschenrechner ein zweites Berichtigungsblatt erschienen, das ebenso wie das erste Berichtigungsblatt gegen die Ausgabe des Taschenrechnerplans von allen Fahrkartenausgaben kostenfrei verabsichtigt wird.

Metallarbeiter, schließt euren Verband! In diesen Tagen werden die Bezirksleitungen gewählt, legt dafür, daß überall wirklich Gewerkschaftler, keine Beauftragten Roskams gewählt werden. Die Bezirksversammlungen finden statt: Am Mittwoch den 10. Dezember für Fernerleben, Wilhelmstadt, Neue Markt, Sudenburg, Quartierwohnungen, Deutscherhüfen und Klein-Dietrichshagen. Am Donnerstag den 11. Dezember für Altstadt und Gärten. Erhältlich vollständig in den Versammlungen und trägt dazu bei, daß die Organisation innerlich geestigt wird und nach außen ihre alte Schlagkraft behält.

Der weite Weg von den Vorständen in die Stadt hält viele unserer Arbeiter ab. Die Weihnachtsbesuche für sich und ihre Angehörigen in der Buchhandlung Volkstimme zu beziehen. Wir errichten deshalb Anstellungen und Veranlassungen für Sudenburg und Sudau im Frankfurter Jugendheim; für Alte Marktstadt im Winter-Gesellschaftshaus, Köpfer Straße. Die Anstellungen können von nachmittags 2 Uhr an befristet werden.

Geschäftsliefer Markt. Leer und durchgängig waren heute die Reihen der Händler, die ihre Stände trotzdem reich mit Lebensmitteln aller Art wohl ausgerüstet hatten. Die herrschende Geldmangelnappheit zeigt sich allüberall beim Warenverkauf. Hier und da macht sich die unterbundene Kaufkraft und Kaufkraft in einer Herabsetzung der Preise bemerkbar. So wurden heute Gänse schon das Pfund zu 1,10 Mark abgegeben. Ebenfalls kosteten Hühner im Fell pro Pfund. Für Kartoffeln wurden für 10 Pfund 50 Pfennig verlangt. Butter, Eier und Käse waren in großen Mengen vorhanden. Während die frühere von 2 Mark an das Pfund erhältlich war, halten die Eier trotz dem Preis von 16 bis 20 Pfennig das Stück. Die Gemüse-, Obst- und Fleischpreise hatten sich nicht oder nur gering geändert. Der Verkehr war, wie immer an den Markttagen am Mittwoch, sehr mäßig.

Tätigkeit der Feuerwehr im Monat November. Im November wurde die Feuerwehr 23 mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen 2 Gasgefahren, 4 Rittfeuer, 14 Rauchfeuer, 6 blinde Räume von denen 4 in 55 s w i l i g e r Abzug der Waren und 9 Hilfeleistungen in besonderen Notlagen. Die Sanitätsabteilung der Feuerwehr hat 349 mal mit 1000 Mitgliedern, 334 Transporten mit Krankenwagen. Von den 120 Sportern waren 37 verunglückt, 297 erkrankt. 200 Personen wurden in Krankens- und Pflegeanstalten verbracht, 54 in ihre Wohnungen, 9 Personen mussten, da anstehend erkrankt, mit besonderem Wagen transportiert werden. Samstags kam in der letzten zur Anwendung. Die Unfallstatistiken der Feuerwehr werden 14 mal in Auftrag genommen.

Feuerbrand. Am Abend des letzten Tages war durch Brand aus einem nachtschen Schornstein in einem im Aufgehobenen Schwabingerweg 1 befindlichen Wohnzimmer die Füllungsleitung in Brand gesetzt worden. Gegen 10 Uhr erloschen die Flammen der Hauptkammer wurde die Gefahr beseitigt.

Sobelspännebrand. Auf dem Holzlagerplatz der Firma Schubert u. B. am im u f r i g e l a n d e war am Dienstag nachmittags auf nicht ermittelte Weise ein im Freien liegender großer Haufen Sobelspänne in Brand geraten. Von dem gegen 5 1/2 Uhr alarmierten Löschzug 8 (Neuhof) mußten drei Schlauchlinien vorgezogen werden, um ein Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Nach einständiger Tätigkeit war das Feuer gelöscht. Der zur Unterstützung ausgerichtete Löschzug der Hauptfeuerwache trat nicht in Tätigkeit.

Verunfallt werden: Handlungslehrling Albert Gerde aus Bietlich, 18 Jahre alt bis 3. d. M. hier in Stellung, etwa 1,80 Meter groß, kräftig, blond, trägt Brille mit Hornfass und war bekleidet mit hellen Anzügen, bräunlich-langen Schuhen, grünlichem Jackett, Windjacke, blauer Kluftmütze; Handelsmann Adolf Biedt aus Hefen bei Braunschweig, der sich bis 22. v. M. hier Hafenstraße 3a bei seinen Eltern aufhielt; er ist 39 Jahre alt, etwa 1,67 Meter groß, schlank blond, barlos und bekleidet mit hellgrauem Anzug und blauer Mütze. Angaben über den Verbleib der Verunfallten erbittet die Kriminaldirektion.

Bestohlen wurden: aus einer Gartenparzelle in Fernerleben 12 halbwilde Kanarienvögel, 2 bunte Enten und mehrere verschiedene farbige Hühner.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Salbte-Weiterhüfen Fernerleben. Freitag den 12. Dezember, abends 8 Uhr Frauenabend in der „Kaiserhalle“ in Salbte. Mitteil: G. Hoff & Müller.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Achtung, Spielkarte! Freitag abends 8 Uhr; Lehrlinge Altstadt 7 Uhr in der S. P. D.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Deutsche Frauenbildung und Frauenkultur. Weihnachtsfeier von Spieltheater und anderen weihnachtlichen Dramen für groß und klein. Vom 12. bis 14. Dezember in der Kunstgewerbeschule, Raum 20, geöffnet von 10 bis 6 Uhr.

Stadttheater.

Achtung! Sonntag den 14. Dezember, Anfang des Weihnachtsmärchens „Der Schneekönig“ ausnahmsweise um 2 1/2 Uhr nicht wie mitgeteilt um 3 Uhr.

Nachrichten aus der Provinz.

Stadtkreis Burg.

Ein geselliger Frauenabend findet heute (Mittwoch) abend im Gemeindefesthaus statt. Es wird erwartet, daß unsere Genossinnen auch dieses Mal recht zahlreich erscheinen. — Sammelkarte stehen noch aus. Es ist unbedingt notwendig, diese umgehend beim Genossen Heimelt jun. abzugeben und mit ihm abzurechnen. — Das Wahlmaterial, Plakathalter usw. ist von den Bezirksleitern sofort einzunehmen und beim Genossen W. Stollberg abzugeben.

Das Wahlergebnis erfüllt uns mit Stolz. Besonders gut haben wir uns in Burg, Jerichow I und II behauptet. Trotz des Sieges ist aber die Reaktion nicht so geschwächt worden, daß wir mit Ruhe und Zuversicht in die Zukunft blicken können. Noch haben sich viele von denen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, von den Reaktionsären betören lassen. Die Reaktion hat jedoch ihr Ziel, die Party neu zu erlösen, nicht erreicht. Das ist dem Opfermut und der Selbstbewußtheit unserer Funktionäre und Genossen in Stadt und Land zu danken. Genossen, wendet diese Arbeitslosigkeit auch in der Zukunft an, zum Heile unserer guten Sache.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Schiedspruch im Steintohlenbezirk. Die für den Nachener Steintohlenbezirk stattgefundenen Lohnverhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Eine auf Vereinbarung eingeleitete Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des holländischen Richters sollte darauf einen Schiedspruch, der eine allgemeine Lohnerhöhung von 9 Prozent vorsieht. Die Organisationen haben sich bis Sonnabend über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden.

Ende des elfjährigen Kalkarbeitsvertrages. Der Streik der Arbeiter auf den elfjährigen Kalkarbeiten ist durch die Vermittlung des Arbeitsministers beigelegt worden. Am Montag wurde die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen: 1. Es sollen keine Entlassungen wegen Streikbeteiligung erfolgen; 2. die Unternehmer werden mit den Vertretern der Belegschaft jeder Grube über den Abschluß eines neuen Kollektivvertrages verhandeln; 3. die Gewerkschaftsvertreter werden an diesen Verhandlungen teilnehmen.

Kleine Chronik.

Die Muttat von Haiger. Ueber den Raubmörder Angerstein und die Fortbe seiner Muttat erzählt man noch folgende Einzelheiten: Die Heilung der Wunden, die sich Angerstein beigebracht hatte, macht wohl ganz herrlich, so daß wohl in kurzer Zeit die Ueberführung des Mörders in das Gerichtsgefängnis nach Linzburger erfolgen kann. Die Annahme, daß Angerstein die Zeit mit voller Ueberlegung ausgefüllt hat, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Der Mann zeigt nicht die geringsten Spuren einer etwaigen Geistesverwirrung. Der Brand in der Villa stellt sich jetzt als ein geradezu raffiniert ausgeführter Plan dar. Der Mörder wohnte früher in Niederfeld, auch dort brach einmal in seinem Hause Feuer aus. Angerstein leistete damals, um sich vom Straftribunal zu befreien, einen falschen Eid. Dieser Falschheid wurde die Ursache zu einem ersten Zerwürfnis mit der Familie. Jetzt erinnert man sich auch eines unaufgeklärten Mordes in Wippen, mit dem Angerstein jetzt auch in Verbindung gebracht wird. Die Unternehmung wird sich auch nach dieser Richtung hin erstrecken. Bekannt wird jetzt auch, daß Angerstein am Sonntag des Nordtages der pensionierten Bahnbeamten Deemaria aus Haiger in seine Behausung zu Loden lud. Der Beamte leistete der Aufforderung zunächst Folge, schrie aber, als ihm die unheimliche Stille im Haus auffiel, im Hausflur um und ering vielleleicht so seinem Tode. Leider wird das Drama von geschäftigen Menschen in der schlimmsten Weise ausgelegt. Nicht weniger als drei Filargefährten sah man am Regentag in der Stadt und auf dem Friedhof an der Arbeit. Eine Filargefährte ist bereits am Werk und bringt den transportierten Fall in Form eines Dramas auf die Leinwand. Man hat ferner bei den Angehörigen, allerdings vergeblich, verjüngte Bilder der beteiligten Personen für Filmdrehsätze gesammelt.

Ein Weimarerer. In Salzburg ist der Weimarerer Karl Steppinger, von Beruf Schriftföher, auf einer Weltwanderung eingetroffen. Er hat seit dem 8. Juni von Brüssel aus 11 281 Kilometer zurückgelegt und muß spätestens am 30. Juni 1920 62 000 Kilometer zu Fuß und 27 000 Kilometer per Schiff zurückgelegt haben. Er war mit 19 Gleichgefahrten abmarschiert und hat als erster von ihnen Salzburg erreicht. Auf die Durchführung der Weltwanderung steht ein Preis von 350 000 Goldfranken.

Wasserstände.

		+ bedeutet über, - unter Null.			
Ort.	12. Dez.	11. Dez.	Ort.	12. Dez.	11. Dez.
Varubitz	9,12	-	Üben	9,12	+ 0,53
Brandeis	-	-	Großitz	10,12	+ 1,12
Meititz	+ 0,55	-	Trötha Alt.	+ 2,04	-
Eolmeritz	+ 0,92	-	Bernburg Alt.	+ 1,28	-
Pluffitz	+ 1,28	-	Salbte Oberpegel	+ 0,76	+ 0,01
Bredben	10,12	+ 0,69	Salbte Unterpegel	+ 0,82	-
Zorgau	+ 1,69	-	Gröbne	-	-
Wittenberg	+ 0,98	-	Sabel.		
Köfchau	-	-	Brandenburg	9,12	+ 2,30
Alten	-	-	Oberpegel	-	-
Storb	+ 1,14	0,13	Brandenburg	+ 0,80	+ 0,02
Magdeburg	+ 0,89	0,06	Unterpegel	-	-
Wittenberge	9,12	+ 1,55	Katzenow	+ 1,68	+ 0,02
Wittenberge	+ 1,27	-	Oberpegel	-	-
Wittenberge	-	-	Katzenow	+ 0,21	-
Wittenberge	-	-	Unterpegel	+ 1,08	+ 0,01
Wittenberge	-	-	Sabelberg	-	-
Wittenberge	+ 0,83	-			

Wetterbericht.

Ausfichten für Donnerstag: Aufklaren, fröhliche Frühnebel, trockener, klarer Nachtrakt.

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt. Magdeburg, 9. Dezember. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehbof wurden aufgetrieben 621 Rinder, und zwar 66 Jähren, 132 Bullen, 423 Färsen und Kühe, 47 größere, 508 Küber, 206 Schafweide, 8423 Schweine. Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht.

I. Rinder. A. Ochsen:		
a) vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwert, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	45-52	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, ausgewärmte im Alter von 4 bis 7 Jahren	38-44	Gold-Pfg.
c) junge fleischige, nicht ausgewärmte u. ältere ausgewärmte	30-37	Gold-Pfg.
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	20-28	Gold-Pfg.
B. Kühen:		
a) vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwert	43-47	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, längere	40-48	Gold-Pfg.
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	30-37	Gold-Pfg.
C. Färsen und Kübe:		
a) vollfleischige ausgewärmte Färsen höchsten Schlachtwert	45-52	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, ausgewärmte Kübe höchsten Schlachtwert bis zu 7 Jahren	40-46	Gold-Pfg.
c) ältere, ausgewärmte Kübe und wenig gut entwickelte längere Kübe und Färsen	30-39	Gold-Pfg.
d) mäßig genährte Kübe und Färsen	22-28	Gold-Pfg.
e) gering genährte Kübe und Färsen	15-20	Gold-Pfg.
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser):		
a) Doppellender feinstes Mast	-	Gold-Pfg.
b) reinste Mastläufer	55-60	Gold-Pfg.
c) mittlere Mast- und beste Saugläufer	48-48	Gold-Pfg.
d) geringere Mast- und gute Saugläufer	38-45	Gold-Pfg.
e) geringere Saugläufer	30-35	Gold-Pfg.
III. Schafe. A. Stammfleischschaf:		
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm	36-40	Gold-Pfg.
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe	27-35	Gold-Pfg.
c) mäßig genährte Saumlamm und Schafe (Mastschaf)	20-25	Gold-Pfg.
IV. Schweine:		
a) Fleischschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	75-78	Gold-Pfg.
b) vollfleischige von 120-150 kg (2 1/2-3 Zentner) Lebendgewicht	75-78	Gold-Pfg.
c) vollfleischige von 100-120 kg (2 1/2-3 Zentner) Lebendgewicht	72-75	Gold-Pfg.
d) vollfleischige von 80-100 kg (1 1/2-2 1/2 Zentner) Lebendgewicht	68-71	Gold-Pfg.
e) vollfleischige unter 80 kg (1 1/2 Zentner) Lebendgewicht	60-65	Gold-Pfg.
f) unreine Gauen	65-72	Gold-Pfg.

Die Preise sind Marktpreise für nächsten gemogene Tiere und Schweine sämtliche Speizen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umfassener sowie der natürlichen Gewichtsbewertung ein, müssen sich also wesentlich über die Stadtkreise erheben.
(Schluß des redaktionellen Teiles.)



Das schönste Weihnachts-Geschenk!

Wir haben

Hausjoppen

in diesem Jahre besonders groß aufgenommen und bieten enorme Auswahl vom einfachsten bis zum elegantesten Luxus-Smoking in Flausch, Samt, Seide

Nr. 18.50 23.- 28.- 32.- 36.- 42.- und höher

Bekleidungs-Gesellschaft

Paul & Co.

Breiter Weg 15, Ecke Bärstraße.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel!

Der neue Wandkalender ist da. Stück 10 Pfg. Bestellen Sie sofort bei Ihrer Zeitungsträgerin. Buchhandlung Volkstimme.

Ein Staatsbild aus der tiefsten Zeit unserer Bildung... Die Geschichte des Staatsbildes...

Die Geschichte des Staatsbildes... Die Entwicklung des Staatsbildes...

Die Entwicklung des Staatsbildes... Die Rolle des Staatsbildes...

Die Rolle des Staatsbildes... Die Bedeutung des Staatsbildes...

Seltene Tiere der Gegend.

Die selteneren Tiere der Gegend... Die Arten der selteneren Tiere...

Die Entwicklung des Staatsbildes... Die Rolle des Staatsbildes...

Die Rolle des Staatsbildes... Die Bedeutung des Staatsbildes...

Die Bedeutung des Staatsbildes... Die Entwicklung des Staatsbildes...

Die Entwicklung des Staatsbildes... Die Rolle des Staatsbildes...

Die Rolle des Staatsbildes... Die Bedeutung des Staatsbildes...

Wissenschaft.

Die neuesten Fortschritte der Wissenschaft... Die Entwicklung der Wissenschaft...

Die Entwicklung der Wissenschaft... Die Rolle der Wissenschaft...

Die Rolle der Wissenschaft... Die Bedeutung der Wissenschaft...

Die Bedeutung der Wissenschaft... Die Entwicklung der Wissenschaft...

Die Entwicklung der Wissenschaft... Die Rolle der Wissenschaft...

Die Rolle der Wissenschaft... Die Bedeutung der Wissenschaft...

Rutergeschichtliches.

Das alte Geschichtsbuch der Rutergeschichte... Die Entwicklung der Rutergeschichte...

Die Entwicklung der Rutergeschichte... Die Rolle der Rutergeschichte...

Die Rolle der Rutergeschichte... Die Bedeutung der Rutergeschichte...

Die Bedeutung der Rutergeschichte... Die Entwicklung der Rutergeschichte...

Die Entwicklung der Rutergeschichte... Die Rolle der Rutergeschichte...

Die Rolle der Rutergeschichte... Die Bedeutung der Rutergeschichte...

Monat und Zeit.

Die Entwicklung der Monat und Zeit... Die Rolle der Monat und Zeit...

Die Rolle der Monat und Zeit... Die Bedeutung der Monat und Zeit...

Die Bedeutung der Monat und Zeit... Die Entwicklung der Monat und Zeit...

Die Entwicklung der Monat und Zeit... Die Rolle der Monat und Zeit...

Die Rolle der Monat und Zeit... Die Bedeutung der Monat und Zeit...

Die Bedeutung der Monat und Zeit... Die Entwicklung der Monat und Zeit...

Monat und Zeit.

Die Entwicklung der Monat und Zeit... Die Rolle der Monat und Zeit...

Nachrichten aus der Provinz.

An die Parteigenossenschaft!

Werte Genossen! Der schwere Wahlkampf ist vorüber. Mit Stolz blicken wir im Bezirk Magdeburg-Anhalt auf das Ergebnis dieses Kampfes. Unsere Erwartungen sind, soweit unsere Partei in Betracht kommt, bei weitem übertroffen. Die pulcherrichten Parteien sind geschlagen, die republikanische Front ist gespalten. Die Sozialdemokratische Partei des Bezirkes Magdeburg-Anhalt steht an der Spitze im Reich. Wir haben nicht nur sechs Mandate für den Reichstag und sieben Mandate für den Landtag erobert, sondern prozentual sind im Bezirk Magdeburg-Anhalt die meisten sozialdemokratischen Stimmen abgegeben worden. Besonders unsere Anhalter Genossen haben sich glänzend geschlagen; ihre Stimmengablen sind, gemessen nicht nur am Wahlergebnis vom 4. Mai, sondern auch gemessen an dem Ergebnis der anhaltischen Landtagswahl vom 9. November und der Gemeinderatswahl vom 16. November, gewaltig gestiegen. Aber auch in den übrigen Gebietsteilen des Bezirksverbandes hat die Partei überall an Boden gewonnen.

Doch mit starker kommunistischer Bewegung wie Staßfurt, Halberstadt, Halle, Merseburg, Magdeburg, Westeregeln haben sich von dem kommunistischen Wahn abgewandt.

Der Bezirksvorstand ist der gesamten Parteigenossenschaft, besonders aber unseren Funktionären in Stadt und Land, welche mit bewundernswürdiger Opferfreudigkeit alle Strapazen müßig ertragen haben, zu großem Dank verpflichtet. Unsere Organisation steht fest wie ein Fels. Der Parteiparat hat wieder einmal glänzend funktioniert, dank der Tatsache, daß ein Rad in das andre ohne Hemmungen einfiel. Das muß uns ein Ansporn sein, die Organisation weiter so schlagkräftig zu erhalten und noch fester zu fügen.

Der Wahlkampf ist aus. Aber für uns heißt es dennoch: Es lebe der Kampf! Nehm wollen wir

unsere Organisation ausbauen.

Wir müssen Tausende Parteimitglieder und neue Leser der „Volksstimme“ werden. Schulung im sozialistischen Sinn ist besonders in der breiten Masse des Volkes erforderlich. Laßt uns gemeinsam an die Arbeit gehen. Niemand weiß, was uns die kommenden Monate bringen werden. Nur so viel ist uns gewiß, der Kampf geht weiter. Wir werden auch zukünftige Schlachten hegreich bestehen, wenn jeder einzelne der Tradition unseres Bezirksverbandes entsprechend seine Pflicht erfüllt. Für diese Pflichterfüllung wird es keinen äußerlichen Dank geben; nur die innere Genugtuung, seine ganze Person in den Dienst der Bewegung gestellt zu haben, kann den einzelnen entschädigen. Diese innere Genugtuung aber ist der Ansporn zu immer neuer Aufopferung und Pflichterfüllung im Dienste der Partei. Darum vorwärts zu neuen Siegen!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Bezirksvorstand. J. M. G. Feil.

Weihnachtsbücher-Verkaufsstellen der „Volksstimme“.

- Altenfurt (Altmärk): Paul Specht.
- Burg: Otto Siecklich, Kulverstraße 10.
- Braunmühlungen: Otto Liebau.
- Störburg: Friedrich Sommer.
- Seehausen (Altmärk): Gose, Konjunkturverein.
- Schönebeck: Fabrikarbeiter-Verband, Föhrerstraße.
- Neuhaldensleben: Arbeiter-Bildungsausschuß, Bülowstraße.
- Gardelegen: Neumann, Klosterstraße 2.

Wer folgt noch?

Kreis Wanzleben.

Launenweddingen. Gute Arbeit haben unsere Funktionäre im Wahlkampf geleistet. Ein Teil der alten Genossen war die ganze Nacht vor der Wahl auf den Beinen. Die Weihnachtswahlen hatten Plakate angebracht, auf denen Parteigenossen entstellte als Juden abgebildet waren, die gar keine sind. Die unermüdete Wachsamkeit der Sozialdemokraten hat einen glänzenden Erfolg gehabt. Mit einer Stimmengahl von 758 Stimmen sind wir als Sieger aus der Wahl Schlacht hervorgegangen. Der ignominöse Halskragen hat den deutschnationalen Stimmenfängern nichts eingebracht.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Warleben. Eine Frauenversammlung findet heute (Mittwoch) abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

Obernstedt. Wir haben uns gut geschlagen. Viele Wähler und Wählerinnen haben ihren Fehler vom 4. Mai eingesehen und deshalb am 7. Dezember für die Sozialdemokraten gestimmt. Trotz der wüsten Schimpereien von deutschnationaler und kommunistischer Seite gegen die Sozialdemokratie hat diese in unserer Zeit einen großen Erfolg erzielt. Am Vorabend der Wahl hat noch „Der bunte Agart“ durch Varnen und Toden de Gumbert zur Moszauer Weltrevolutionärpartei v r f ihren wollen, aber es hat nichts genügt. Nach der Wahl ließen die Kommunisten die Ohren hängen denn ihre Stimmengahl ging von 765 auf 416 zurück, während die der Sozialdemokraten von 754 auf 1140 Stimmen stieg. Trotz unermühter Arbeit durch die Agende einer so baldem rautigen Stimme erkannt haben müssen nun auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei werden und großen Anteil an der Parteiarbeit nehmen. Alle Mitglieder müssen es sich zur Aufgabe machen, die nächsten Tage und Wochen auszunutzen, um die Zahl unserer Mitglieder und die Abonnentenanzahl der „Volksstimme“ zu vergrößern. Mit Lust und Liebe aus Werk, dann werden auch weitere Erfolge nicht ausbleiben.

Kolbitz. Eine Gemeindevertreterversammlung findet am Donnerstag den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gemeindebaucau statt. Die Wähler sind zu der öffentlichen Sitzung eingeladen.

Neuhaldensleben. Der Viehmarkt am Dienstag war außerordentlich belebt. Es wurden 435 Schweine und 103 Kühe zum

Verkauf gestellt. Das Geschäft ging flott vonstatten, so daß bereits um 1/2 11 Uhr der Markt geräumt war. Die Preise stellten sich für Ferkel von 4 bis 6 Mark auf 10 bis 12 Mark, von 6 bis 8 Wochen auf 15 bis 18 Mark, Schweine etwa 1/4 Jahr alt auf 25 bis 30 Mark pro Stück für Rasse zahlte man 40, bis 500 Mark für erste Qualität, 275 bis 350 Mark für zweite Qualität und 150 bis 250 Mark für Ferkel. — Wandergewerbetreibende für Viehhändler. Der Markt gibt bekannt, daß die Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen für das nächste Jahr sofort zu stellen sind. Die Gebühr für einen Wandergewerbeschein beträgt 10 Goldmark, für einen Begleiter 5 Mark. — Für die Kreis- und Kreiswahl zur Handwerkskammer ist das Verzeichnis der Handwerkerzünfte und Gewerbevereine für den Kreis Neuhaldensleben auf dem Landratsamt, Zimmer 17, zur Einsichtnahme in der Zeit vom 10. bis 18. Dezember ausgelegt. Beanstandungen und Beschwerden sind binnen 14 Tagen beim Landrat anzubringen.

Neuhaldensleben. Arbeiter-Gesangverein (Gemischter Chor). Die nächste Übungsstunde findet nicht am Donnerstag, sondern am Freitag abends um 8 Uhr bei Herzog statt. Da der Gesangverein beabsichtigt, am 1. Weihnachtstag mit einem erklaffigen Gesangskonzert aufzutreten, ist es dringend notwendig, daß sämtliche Mitglieder des Gemischten Chores sich pünktlich zu den Übungsstunden einstellen. — Bibliothek. Nachdem nunmehr die Wahlarbeit erledigt ist, wird der eine oder andre Genosse wieder Gelegenheit und Zeit haben, ein schönes Buch zu lesen. Wir weisen deshalb erneut auf die Benutzung der Zentrallbibliothek in Althaldensleben bei Hofstr. 27/28 und in Neuhaldensleben im Arbeitersekretariat hin. Die Benutzung der Bibliothek ist gebührenfrei. — Das Buch ist immer noch ein schönes Weihnachtsgeschenk. Wer seinen Angehörigen zum Weihnachtstag noch ein Buch schenken will, der möge die Gelegenheit aus, die von der „Volksstimme“ im Arbeitersekretariat ausgelegten Bücher, Schriften usw. zu besichtigen. Ein Buch ist ein gutes und vor allem dauerndes Andenken.

Ammerdorf. Ein Rückblick auf die Wahl ergibt, daß unsere Partei 20 Stimmen weniger erhalten hat, als am 4. Mai. Das kommt daher, daß ein Teil der Wähler durch die Kräfte des Nationalwerks Wesenleben bezogen ist. Festzustellen ist aber auch leider, daß die schwarzweißen Parteien 150 Arbeitersimmen erhalten haben und zwar größtenteils von Stahlhelmländarbeitern. Kritisiert muß auch werden, daß sich zu wenig Genossen an der Wahlarbeit beteiligt haben, und daß der Vorstand des Reichsbanners sich nicht so wie es nötig gewesen wäre, der republikanischen Seite angenommen hat. Beim nächsten Mal muß das anders sein. Am 2. Dezember wollte die Sozialdemokratische Partei unsere Versammlung bei dem einzigen Saalbesitzer Hilsebuch abhalten. Dieser aber erklärte, er könne den Saal nicht herausgeben, da am andern Abend Vaterländischer Abend sei. Ähnlich ging es vor mehreren Wochen auch dem Reichsbanner. Das ist eine Verhöhnung der Arbeiterklasse. Nun noch ein Wort zur Gemeindepolitik. Die sozialdemokratische Mehrheit im Gemeindeparslament und Gemeindevorstand hat in kurzer Zeit viel Gutes für die Gemeinde getan; sie hat einen schönen vierklassigen Schulraum und eine Vademecumrichtung geschaffen. Sie wird auch weiter ihre Schuldigkeit tun.

Kreis Halle.

Schönebeck. Der Wahlausfall kann uns befriedigen. Es sind innerhalb 1344 Stimmen gewonnen worden. Wir erhielten 5720 gegen 4376 am 4. Mai, so daß die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit in Schönebeck hat. Allen, die da sagten, die Arbeiterklasse will ja nichts von der Sozialdemokratie wissen, ist durch das Wahlergebnis der Mund gestopft worden. Die gemeinliche, bezogenen Agitation unserer Gegner gegen die Sozialdemokratie hat nichts genützt. Das Tagelächeln von Gustav Wulstein stand dabei an der Spitze. Am Tage vor der Wahl, wo niemand mehr antworten konnte, hat er es fertiggebracht, mit Mißverständnis zu schreiben: „Die Sozialdemokratie bringt uns sicher Arbeitslosigkeit, bringt uns eine neue Marktentwertung.“ Herr Wulstein weiß sicher, daß diese faulstidigen Lügen sind, aber er bringt sie trotzdem, um seine ganze Inparteilichkeit gegenüber der Schönebecker Arbeiterklasse zu zeigen. Die Masse hat er sich nun selbst vom Gesicht gerissen. Es ist deshalb aller Pflicht, unsere Parteifunktionäre und Betriebsräte überall in den Betrieben darauf hinzuwirken, daß, soweit Arbeiter noch Leser solcher Blättchen sind, sie sich selbst ins Gesicht schlagen. Darum überall an die Arbeit, um unseren Erfolg vom 7. Dezember weiter auszunutzen.

Staßfurt. Die Wahlschlacht ist geschlagen. Wenn auch das im Frühjahr blau angelegene Staßfurt noch nicht wieder ganz tot geworden ist, so können wir doch verzeichnen, daß die Sozialdemokratie bei den Wählern das alte Vertrauen zurückgewonnen hat. Einen Stimmengewinn von 1667 gegenüber der Wahl am 4. Mai können wir verzeichnen. Erhielten wir bei den Inflationwahlen 1895 Stimmen, so brachte der 7. Dezember 3562, einen Gewinn von rund 88 Prozent. Die Kommunisten haben im Verhältnis zur Wahlzeit 960 Stimmen verloren und sind von 2588 auf 1628 Stimmen zurückgegangen, haben also einen Verlust von 960 Prozent. Der Befundungsprozess in der politischen Einstellung der Arbeiterklasse ergibt sich aber aus folgender Zusammenstellung: Während die Kommunisten am 4. Mai mit 2088 Stimmen der Sozialdemokratie mit 1895 Stimmen um 693 voraus waren, so ist jetzt zu verzeichnen, daß die Sozialdemokratie mit 3562 Stimmen den Kommunisten bei 1628 um 1934 voraus ist. Wenn weiter in Betracht gezogen werden muß, daß der Stimmengewinn der Sozialdemokratie von 1667 bei der Ueberfällung der Kommunisten noch 207 Stimmen Ueberzahl ergibt, so dürften die republikanischen Parteien hieraus den Vorteil gezogen haben und hat ja auch die deutschnationalistische Partei einen Zuwachs von 284 Stimmen und die Zentrumspartei einen solchen von 38 Stimmen errungen. Trotz der gerade in Staßfurt bestehenden wirtschaftlichen Not wurde die kommunistische Partei ganz gehörig dezimiert. Die Wähler haben es der K. P. D. ordentlich heimgesucht. Die Sozialdemokratie macht sich. Während die Rechtsparteien ihren Bestand behaupteten, erhielten die Linken gehörige Schläge; die Knüppel-Kunze-Partei ging von 755 auf 146 zurück und die Nationalsozialisten von 300 auf 232 Stimmen. In Wahlpropaganda ließen es besonders die Deutschnationalen nicht fehlen. Das große Schaufenster eines gemeinnützigen Kulturinstituts, der Bücher- und Lesehalle, wurde zum Aushang der schreiendsten Wahlplakate aller Reichsbolschewisten benutzt. Die Plakate mußten auf Einspruch entfernt werden. Der fassam bekannte Dr. Geiß fuhr tagelang den Alten Preis und ein ziemlich quadratmetergroßes schwarzweißes Plakat an seiner deutschnationalen Kutze spazieren. Ein besticktes Stahlhelmauto mit hohem Kuffen und Gabelkreuzfahnen fuhr mit Stahlhelmlakette und Fredericus-Ker-Wartha durch die Stadt. Da die Befragung aber schon aus den Fenstern alle Dirschen erhalten hatte und am Sonntag mittag einige Reichsbannerleute mit unserm bekannten Plakat: Der Feind steht rechts! dicht hinterher zogen, wurde die fliegende Division uniformierter Jungen schleunigst eingezogen. Zu erwähnen wäre noch ein kleiner Zwischenfall

vor dem Hause des früheren Freundes der Sozialdemokratie, jetzigen Stahlhelmlieferanten Gärtner. Beim Passieren des Stahlhelmautos und unser Reichsbannerleute mit Stahlhelmlakette konnte Herr Gärtner es nicht erwinden, seinem Herzen mit einem Erguß auf Schwarzrotgold Luft zu machen. Durch einen Parteigenossen und einen vorübergehenden Eisenbahner über die Verächtlichmachung der Reichsfarben zur Nechenschaft gezogen, setzte Herr Gärtner dem Eisenbahner nach, zog es jedoch, da der Vorgang nicht unbeobachtet blieb, vor, sich nach einer nachmaligen Ueberprüfung zu verhalten. — Die Schlacht ist geschlagen und unser war der Sieg. Nun stärkt die Reihen, schafft neue Leser für die „Volksstimme“ und rüstet zu neuen Kämpfen!

Staßfurt. Der Polizeibericht für November gibt wieder ein Spiegelbild von der Wirkung des „Stahlbades“ des Weltkriegs im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Niedergang und seinen Auswirkungen. Strafanzeigen sind erstattet gegen 35 Personen, und zwar wegen Diebstahls 5, Betrugs 5, Unterschlagung 1, Sittlichkeitsverbrechens 1, Preiswuchers 1, Körperverletzung 1, Sachbeschädigung 1, Widerstands gegen die Staatsgewalt 1, Verletzung 3, Verletzung des Briefgeheimnisses 2, Verbreitung von Geschlechtskrankheiten 1, Bettelns 9, Veranstandung von Lebensmittelproben 3, Vergehen gegen das Gesetz über Verkehr mit Kraftfahrzeugen 1. — Strafanzeigen wurden im November 116 erstattet, und zwar wegen Veräumnis bzw. Störung des Unterrichts der gewerblichen Fortbildungsschule 17, ruhestörenden Lärms 10, Befahren des Bürgersteigs mit Fahrrädern 2, Fahren mit Fahrrädern ohne Licht 24, Fahren mit Führer ohne Licht 14, Fahren mit Führer ohne Namensschild 1, Verunreinigung der Straße 2, Beinträchtigung des Verkehrs 4, Stehenlassen des Wagens ohne Erlaubnis 8, Nichtbeleuchtung der Eingänge von Schankwirtschaften 4, Anbringung von Schankstätten ohne Erlaubnis 1, unbetriebl. Waffenbesitzes 1, Uebertretung des Fells- und Fortpolizeigesetzes 2, Uebertretung der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr 13, Uebertretung der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr 5.

Staßfurt. Die Frauenabende unserer Parteigenossinnen erfreuen sich einer großen Beliebtheit. Der für die ersten Abende benutzte Laden Wachtelstraße 1 erwies sich schon bald als zu klein; deshalb mußte eine Ueberziehung nach dem „Schwarzen Hof“ vorgenommen werden. Nicht nur der Unterhaltung trägt man Rechnung, sondern vor allen Dingen gilt es, der Parteibewegung zu dienen. Die Frauen waren am Wahltag bei der Wahlarbeit eifrig tätig. Einige Neuankömmlinge für die Partei konnten bei der letzten Zusammenkunft gemacht werden. Im Vordergrund aller Tätigkeit steht die Arbeit für das Weihnachtsgeld des Arbeiterwohlfahrts-Ausschusses. Gibt es doch, warme Strümpfe zu stricken, Kleider, Röcke, Hosen, Hemden, Mäntel usw. zu nähen. Durch Sammlung wurden nahezu 300 Mark zusammengebracht und zweckentsprechend angelegt. Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt fanden auch in den Kreisen der Geschäftswelt fördernde Unterstützung; besonders die Firma Schmeißer u. Co. half durch Ueberweisung eines großen Liebesgabenpakets die schwere Aufgabe erleichtern. Für die Weihnachtsgeld zur Weihnachtsgeld am Nachmittag des 20. Dezember im Saale des „Postjägers“ benötigt die Arbeiterwohlfahrt noch Kessel, Kasse, Honig- und Pfefferstücken, schöne Bücher und Spielsachen usw. Wer darf man noch um freundliche Hilfe bitten? Rechnungen und Ueberweisungen an Frau Martha Adam, Bismarckstraße 10, 11, erbitten.

Staßfurt. Polizeistunde. Der Magistrat (Polizeiverwaltung) bringt erneut zur Kenntnis, daß die Polizeistunde für Staßfurt allgemein auf 1 Uhr nachts festgesetzt ist. Nur geschlossenen Gesellschaften kann jährlich zweimal Verlängerung um zwei Stunden, also bis 3 Uhr, gewährt werden. Nach dem jetzt gültigen Notgesetz werden Uebertretungen nur mit gerichtlichen Strafen geahndet, es wird daher vor Mißbrauch gewarnt. — Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet nach einer Bekanntgabe des Vorsitzers voraussichtlich am Dienstag den 16. Dezember, nachmittags 5 Uhr, statt. — Aufwertungsborschüsse. Die Stadt beabsichtigt, allen über 65 Jahre alten Sparern der Stadtparke Staßfurt auf den Goldwert ihrer Sparbücher einen Aufwertungsvorschuß zur Verfügung zu stellen. Anträge nimmt die Stadtparke vom 6. bis 13. Dezember entgegen. Hierbei sind die auf den Namen des Antragstellers lautenden Sparbücher und eine Urkunde vorzulegen, durch welche das Lebensalter des Sparers nachgewiesen wird. Es handelt sich um eine reine Wohlfahrtsfürsorge, durch die man den ältesten Sparern zu Hilfe kommen will. Die Rechte aller übrigen Sparersparer werden in keiner Weise angefaßt.

Staßfurt. Der neue Kurs im Rathaus. Bei den Stadtverordnetenwahlen am 4. Mai kam es den Kommunisten und vor allem der bürgerlichen Reaktion darauf an, die Mehrheit der Sozialdemokratie im Rathaus zu beseitigen. „Nieder mit den Arbeiterverrättern!“, hieß es von links, und: „Wer für sachliche Arbeit im Rathaus ist, wählt bürgerlich, die Liste Gruppe-Krügermann!“ Wie diese „sachliche“ Arbeit im Rathaus aussieht, dafür liefert die Hanznummer der Liste Gruppe-Krügermann, der jetzige Stadtrat Dr. Geiß, Führer der Deutschnationalen, zeitweise einige Kopproben. Es ist dies derselbe Dr. Geiß, der sich öffentlich in der Stadtverordneten-Versammlung nachsagen ließ, daß er sich bei der Wahl nach der harmlosen Umwandlung sozialdemokratische Stimmen kaufen wollte, der sogar Sozialdemokrat geworden wäre, um damals zweiter Bürgermeister werden zu können. Dr. Geiß ist der Degenerat des Wohlfahrtsamts und stellt sich die sachliche Arbeit im Rathaus auf folgender Grundlage vor: Ein ausgeheuerter Erwerbsloser hat von einer andern Dienststelle im Rathaus Verpflichtungen übernommen und möchte dieselben auf etwas ungeraden Wegen vom Wohlfahrtsamt tragen lassen. Dr. Geiß hat dahinter und wittert Morgenluft für „sachliche Arbeit“. Sämtliche elektrischen Drähte im Rathaus sind natürlich auch auf „sachliche Arbeit“ eingestellt und geben Dr. Geiß sachliche Auskunft. — „Wie ist denn der Mann sonst eingestellt?“ fragt es im Draht. Die Antwort: Es ist ein Erwerbsloser. — „Ach meine doch den andern Mann, der dort im Rathaus mir diese Sache aufgehält hat“, — erkönt es erneut im Draht. — „Es ist ein brauchbarer Angeheller“ — kommt es zurück. — Zum Donner und Doria. Versteht man denn nicht, was ich meine? Die Einstellung — hm, so. — Ach so. Wenn nicht alles trägt, ist bei dem Angehellen starke Stahlhelmfreundschaft anzunehmen; soll sogar Mitglied sein. — So? Danke, danke; bin beschränkt, genügt mir vollkommen, betont Dr. Geiß, und die sachliche Arbeit im Rathaus ist wieder einmal Tatsache. —

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

MAGGI Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Gute Qualität geht über alles!

Maggi's Suppen in Würfel sind aus erstklassigen Rohstoffen hergestellt und von höchstem Wohlgeschmack. Nur noch mit Wasser zu kochen. Die Würfel enthalten schon alles Erforderliche. 25 verschiedene Sorten. Ein Würfel zu 12 Minuten reicht für 2 Teller. Kennzeichen: der Name Maggi und die gelb-rote Packung.



© & Magg-Selbstheit hat ihre Eigenschaften der Konsistenz des Quarkes der hygienischen Substanz der Unverderblichkeit, S. Detmold, Detmold Dr. Korum, a. o. n. u. r. 1914.

